

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Expedition:
Eric Mühlhans, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4196/4198



Abdruck für Zeitg. und Geklammert:
Berlin G2861, Tele-Aktuell-Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Zeitung erscheint im Geklammert.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung möglich. Abdruck ist nicht möglich, wenn nicht vorher berichtet ist. Abdruck ist nicht möglich, wenn nicht vorher berichtet ist.

Berlin, den 23. Sept. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Helden am Ende.

Die Nazis im Preussischen Landtag.

SPD. In Homers Odyssee gibt es gegen Ende, als Odysseus, ein einzelner Mann, die 150 Freier seiner Gattin erschlägt, eine denkwürdige Episode: die Göttin Athene, Helferin des Odysseus, hat sich unsichtbar ins Gebälk der Halle emporgeschwungen, von dort schüttelt sie den Aegisschild, und bei diesem Klange verlässt die Freier der Mut, sie rennen wie eine verängstigte Herde durch den Saal.

Dieser Szene konnte man glauben, während der letzten Tagung des Preussischen Landtages beizuwohnen. Zwar nicht Pallas Athene, die wir für diesen Vergleich um Entschuldigung bitten, aber Papen-Bracht sassens unsichtbar über dem Hause, der Aegisschild, den sie schüttelten, liess das Wörtchen "Auflösung" ertönen. Und sowie dieser Klang erschallte, rannten die 162 Nazihelden mit verstörten Mienen und angstschlotternden Gliedern im Saale umher, - ein herzerbrechender Anblick!

Als dieser am 24. April unter der Nazi-Psychose gewählte Landtag seine ersten Sitzungen abhielt, da war das Signum der aufgeblähten Rechten trunkener Siegesübermut und Machtwahnsinn. Sie lümmelten sich - nicht nur bildlich - wie kleine Leute, die plötzlich das grosse Los gewonnen haben. Auch die Deutschnationalen, obwohl eigentlich die geschlagenste Partei des Hauses, auf ein Drittel ihres früheren Besitzstandes reduziert, sonnten sich im Siegerglanze ihrer rechten Nachbarn; ihre Redengegen die Mitte und gegen links überschlugen sich vor Ueberheblichkeit.

Und heute? In diesen Septembertagen war Angst die Physiognomie der Rechten. Zwischen Nazis und Deutschnationalen ist ein Riss aufgebrochen, dessen Tiefe kaum messbar erscheint. Man ist beinahe höflich gegen die Linke geworden, denn man hat gegeneinander alle Hände voll zu tun. Die Nazis haben Hugenbergs jungen Mann, Herrn Steuer, niederzubrüllen, Freifrau von Watter hat die Nazis dafür "Schweine" zu titulieren, die Nazis haben der Freifrau von Watter als Revanche Ohrfeigen anzubieten, Herr Steuer hat zu enthüllen, wie Kube einst in vertrauten Gesprächen sich für Bracht als den kommenden preussischen Ministerpräsidenten erklärt habe, Herr Kube hat dies zu dementieren mit der lebenswürdigen Versicherung, dass Herr Steuer ein aufdringlicher Mensch sei, der sich im vergangenen Landtag gänzlich ungebeten dauernd an den Tisch der Nazis gesetzt habe, um ihnen sein Herz über die deutschnationalen Parteigrößen in einer für diese wenig schmeichelhaften Weise auszuschütten. Im übrigen entspreche es der Wesensart des Herrn Steuer, in indiskretester Art aus privaten Biertischgesprächen politische Sensationen zu machen. Herr Steuer will antworten, aber die Nazis erschlagen ihn mit dem brausenden Zuruf: "Judenjunge!" - Das ist jetzt der Verkehrston der Harzburger untereinander.

Hinter dem Geschimpfe steht ohnmächtiger Hass. In dem Spiele Papen-Hitler hat Papen gesiegt und die Macht an sich gerissen. Hitler steht da mit

leeren Händen, ein betrogener Betrüger. Grösser aber als die Wut ist die Angst, nun auch noch das Letzte zu verlieren. Der Reichstag mit den 230 Nazi-Mandaten ist bereits verspielt. Herr Goering ist ein Reichstagspräsident ohne Reichstag. Genau während einer einstündigen Sitzung hat er sich blamieren können, und das Spottwort, das sein Parteifreund Frick der Alterspräsidentin Klara Zetkin zurief: "Das war nur einmal, das kehrt nicht wieder", - es hat sich in fataler Weise an Goering gerächt!

Nur eine hohe Säule zeugt von verschwundener Pracht: das ist der noch amtierende Landtagspräsident Kerrl. Aber auch auf ihn trifft der Vers zu: Auch diese schon geborsten, kann stürzen über Nacht. Um ein Haar wäre es geschehen. In ihrem seit dem 13. August (Hitlers Regierungsverzicht) neuerwachten oppositionellen Tatendrang hatte die preussische Nazifraktion eine trotzig-kriegserklärungsartige Erklärung an Papen-Bracht herausgeschleudert: Schulter an Schulter mit den Kommunisten hatten sie beschlossen, dass die Beamten den Befehlen des Reichskommissars keinen Gehorsam zu leisten hätten.

Hinter den lärmenden Gesten der Nazis steht keinerlei planmässiges Denken. Dutzende von Malen beschliessen sie, was ihnen gerade in den Sinn kommt, ohne die Konsequenzen zu überlegen. So war es auch hier. Man wollte lediglich Papen-Bracht ein wenig ärgern. Man hatte aber nicht im mindesten überlegt, dass die durch die Nazis an die Macht gekommene Junkerkaste auch den Spiess umdrehen könnte.

Die aber tat es sehr rasch: sie stellte Herrn Kerrl ein Ultimatum: entweder Aufhebung des Beschlusses oder sofortige Auflösung des Landtags. Da sackte den Nazihelden das Herz in die Hosen. Sie maulten und bockten erst, aber Pallas-Papen brauchte nur ein wenig die Aegis "Auflösung" zu schütteln, da schlotterten schon die Knie. Zuerst kam eine feierliche Erklärung, dass die Voraussetzungen des früheren Beschlusses nicht mehr zuträfen, dann ein förmlicher Antrag, dass die Beamten jeder Regierung zu gehorchen hätten - mit der verschämten Verklammerung, dass dies nur gelte, solange die Regierung sich im Rahmen von Gesetz und Verfassung bewege (seit ihrem Kampf gegen Papen gibt es keine treueren Verfassungshüter als die Nazis). Und als das Herrn Papen noch nicht genügte, da wurde auch noch ein Zentrumsantrag angenommen, der den Beamten den Dank dafür ausspricht, dass sie ihre Pflicht erfüllt, dass sie also den revolutionären ersten Beschluss der Nazi-Kozi-Mehrheit unbeachtet gelassen haben.

Mein Papen, was willst du noch mehr? Das Kind hat die bittere Medizin geschluckt, es ist hübsch artig gewesen und darf nun hoffen, dass es noch einmal mit der Haue verschont bleibt. Aber - natürlich - wer solche Angst ausgestanden hat, der muss sich auch rächen. Endlich fanden die Nazis ein Objekt, das der Grösse und Tiefe ihrer Rachegefühle angemessen war: die staatsparteiliche Zweimann-Gruppe. Der Staatsparteiliche Nuschke musste der Prügelknabe werden, den man am Reden verhinderte, um die Wut gegen Papen abzureagieren. Herr Kerrl, der parteiischste Präsident, der je einem Parlamente vorgesessen, schloss den Niedergebrüllten obendrein von der Sitzung aus! So hatten die Nazis doch noch schliesslich einen "Sieg" errungen: einen Sieg von 162 Mann über 2 Mann.

Aber das sollte auch ihr einziger Sieg in diesen drei Tagen bleiben, die denkwürdig bleiben werden durch den blamablen und katastrophalen Kniefall der "stärksten Partei" vor einem Stirnrunzeln des Herrn von Papen.

SPD. London, 23. September (Eig. Dr.)

Gandhi hat bisher 72 Stunden im Gefängnis gefastet. Er hat bis jetzt etwas über 2 kg an Gewicht verloren.

SPD. Immer noch werden die Enthüllungen von Otto Wels über Hitler in der Presse erörtert. Merkwürdig nur, dass die, die es angeht, Nationalsozialisten und Zentrum weiter schweigen, während Unberufene die Richtigkeit der Enthüllungen von Otto Wels zum Teil bestreiten bzw. als nicht ganz den Tatsachen entsprechend bezeichnen. Wir betonen demgegenüber, dass Otto Wels an seinen Behauptungen festhält und sie durch kein Dementi, von welcher Seite es auch kommen mag, erschüttert werden können.

Das gilt auch von dem Dementi, das am Freitag vom Reichswehrministerium ausging und in dem der Versuch gemacht wird, die Feststellungen des sozialdemokratischen Parteiführers über einen Besuch Strassers bei Herrn von Schleicher als falsch hinzustellen. Wels hatte zu diesem Besuch in der Berliner Sportpalast-Versammlung ausgeführt, dass Strasser Herrn von Schleicher gebeten hatte, seinem Freunde Hitler die Unmöglichkeit seiner Kanzlerschaft klarzumachen. Das Reichswehrministerium sagt dazu:

"Gregor Strasser hat den Reichswehrminister von Schleicher niemals aufgesucht. Damit entfallen alle Folgerungen, die an dieses Gerücht geknüpft worden sind."

Das ist der Versuch, eine positive Behauptung mit Redensarten aus der Welt zu schaffen. Es kommt nicht darauf an, ob Herr Strasser Herrn Schleicher "aufgesucht" hat oder Herr Schleicher Herrn Strasser. Das wesentliche ist auch nicht wo die Besprechung stattgefunden hat und wie es zu ihr kam, sondern dass sie stattgefunden hat und dass sie abgehalten wurde, wird in den Dementis des Wehrministeriums nicht bestritten, weil es nicht bestritten werden kann. Man dementiert lediglich, dass Herr Strasser Herrn Schleicher "aufgesucht" hat, eine Formalität, die nicht im geringsten gegen den Kern der Behauptung von Otto Wels spricht und insofern für die Sache selbst ohne jede Bedeutung ist. So sicher Herr Schleicher gegenwärtig Reichswehrminister ist, so sicher hat auch die Besprechung mit Strasser stattgefunden. Allerdings nicht unter vier Augen, sondern in Gegenwart des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch, der sich in Begleitung von Strasser befand.

Wollen Sie auch das bestreiten, Herr Reichswehrminister?

SPD. München, 23. September (Eig. Dr.)

In grosser Aufmachung greift das Münchener Hitlerblatt zu einem neuen Verleumdungsmanöver gegen die Sozialdemokratie, das den offenkundigen Zweck verfolgt, die Misstimmung und die Empörung in der eigenen Partei zu vertuschen und abzulenken. Das Blatt lässt sich dazu "von einem jüngeren deutschen Sozialdemokraten" einen Brief schreiben, dem schon durch das vollständige Fehlen von Datum und Unterschrift der Schwindel an der Stirn geschrieben ist. Im Text des Briefes nennt sich der angebliche Schreiber zwar "Wortführer der totgeschwiegenen Opposition des Berliner Bezirksverbandes der SPD", aber diese Angabe und andere tendenziöse Stellen verraten an ihrer Plumpheit nur die Absicht, den kritiklosen Nazioten die Echtheit des Briefes vorzutäuschen.

Der Briefschreiber behauptet authentische Kenntnisse über sehr tiefgehende und ernstliche Differenzen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu haben, die er in einer Sitzung des Bezirksvorstandes Gross-Berlin gewonnen haben will. Auch hier fehlt jede Angabe über den Zeitpunkt und den Ort dieser Sitzung. Das tollste ist aber, dass er behauptet, dieser Bezirksvorstand Gross-Berlin bestünde aus 375 Mitgliedern, die mit 358 gegen 17 Stimmen ein Misstrauensvotum gegen den Parteivorstand angenommen und den sofortigen Rücktritt von Wels, Hilferding, Breitscheid und Stelling gefordert hätten. Wir wissen nicht, ob die Vorstände lokaler Parteiorganisationen bei den Nationalsozialisten aus zahlmässig derart aufgeblähten Apparaten besteht. Bei der Sozialdemokratischen Partei weiss das jüngste Mitglied, dass der Vorstand

eines jeden Bezirks nur von wenigen Mitgliedern gebildet wird.

Der zusammengelogene Sitzungsbericht enthält weiter eine Reihe persönlicher Verleumdungen, die in anderer Form teilweise schon da und dort in der reaktionären Presse aufgetaucht sind. So wird behauptet, dass Leipart und Aufhäuser mit der Regierung Papen kühhandelten; auch Verhandlungen mit Schleicher seien schon weit fortgeschritten. Ausschlaggebend für diese Haltung der Gewerkschaften sei ihre katastrophale Finanzlage, nachdem sie den letzten Wahlkampf der Sozialdemokratie mit der Riesensumme von über drei Millionen Mark finanziert hätten. Andererseits beziehe das Parteivorstandsmitglied Stelling ein Monatseinkommen von über 3 000 Mark, ohne jedoch auch nur die geringste Zuwendung an Parteikreise zu machen. In gleicher Weise wird dann auch die Leitung des Reichsbanners verdächtigt, dass sie im stillen den Papen-Kurs unterstütze. Schliesslich wird noch dem Parteivorstand unterstellt, dass er in aller Stille ein Ausschlussverfahren gegen die Opposition eingeleitet habe, dem u.a. der Abgeordnete Seger, Major Hauff vom Reichsbanner und der Vorsitzende Ollenhauer von der SAJ zum Opfer fallensollen.

Die ganze Veröffentlichung des "Völkischen Beobachters" ist von A bis Z erstunken und erlogen. Sie macht den Eindruck einer Beschwörung der eigenen Parteigenossen, den Streit und Hader über Hitlers Niederlagen der letzten Monate zurückzustellen in einem Augenblick, wo im Lager des Hauptfeindes, der Sozialdemokratie, Krach und Rebellion herrschen. Ob dieser abgenutzte Trick bei den braunen Heerscharen und den Mitläufern verfängt, ist kaum anzunehmen, da dem Ablenkungsmanöver doch allzu deutlich die Schutzmarke der Lüge und des Schwindels aufgedrückt ist.

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners teilt mit :

Der stellvertretende Reichskommissar für Preussen, Oberbürgermeister Dr. Bracht, hat in den letzten Tagen die Ortsgruppe Richtenberg in Vorpommern und nach Pressemeldungen auch die Ortsgruppe Ohlau des Reichsbanners Schwarzrotgold aufgelöst. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarzrotgold ist der Ansicht, dass die Auflösungsbegründungen absolut nicht ausreichen, um den Schritt des Oberbürgermeisters Dr. Bracht zu rechtfertigen. Das Reichsbanner wird daher unter Einlegung aller Rechtsmittel gegen die Auflösungsverfügungen des Oberbürgermeisters Dr. Bracht vorgehen. Die Bundesleitung wird die betreffenden Gaue der aufgelösten Ortsvereine anweisen, alsbald die Neugründung von Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarzrotgold in den betroffenen Orten vorzunehmen.

SPD. Köln, 23. September (Eig. Drahtb.)

In verschiedenen Städten des Rheinlandes kracht es bei den Nazis merklich. Erst vor kurzem sind in Köln zwei SA-Stürme aufgelöst worden. Jetzt kommen aus dem Oberbergischen Meldungen von Austritten aus den nationalsozialistischen Stürmen. So wurde der Sturm in einem Orte bei Gummersbach infolge mehrerer Austritte so schwach, dass sein Rest dem Sturm in einem anderen Ort angegliedert werden musste. In der Nazi-Hochburg Waldbröl hat der grösste Teil der SA-Männer der Hitler-Partei ebenfalls den Rücken gekehrt.

Schlimm sieht es besonders auch in Bonn aus, das schon immer das Schmerzenskind der Nazis im Rheinland gewesen ist. Auch hier haben die ehrlichen Elemente die SA und SS bereits in grosser Zahl verlassen. Gegenseitige Denunziationen usw. sind an der Tagesordnung. Sie zeugen von dem "echten Kameradschaftsgeist", der die SA-Leute angeblich beseelt. Das Menschen-Material,

das jetzt noch in den Bürgerkriegshorden vorhanden ist, ist so minderwertig, dass zu ihrer Reinigung eigens ein starker Mann aus Aachen nach Bonn geschickt wurde.

In Beuel bei Bonn ist inzwischen festgestellt worden, dass sich ein früherer Separatist, der zurzeit des Separatismus im Rheinland französischer Staatsbürger geworden ist und es heute noch ist, als eifriges Mitglied der SA betätigt.

SPD. Paris, 23. September (Eig. Drahtb.)

Die Ankündigung des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, dass er zu Beginn der nächsten Woche dem Büro ein Memorandum über die deutsche Demarche unterbreiten werde, wird in der französischen Presse scharf kritisiert.

Der "Matin" erklärt, Henderson trete als Advokat Deutschlands in der Frage der Gleichberechtigung auf. Der "Temps" schreibt, die Haltung Hendersons verlange die grösste Wachsamkeit von seiten derjenigen, die nicht wünschen, dass die Debatte in eine falsche Richtung gelenkt werde. Henderson habe seine Rolle als Präsident der Konferenz überschritten und zwar unter Bedingungen, die ihn in eine sehr heikle Situation bringen könnten, wenn das Büro seiner Ansicht nicht folge. Am schärfsten urteilt das "Journal des Débats", das erklärt, Henderson, der ebenso deutschfreundlich wie MacDonald und die II. Internationale sei, habe eine unkorrekte Haltung eingenommen. Er habe sich zum Anhänger der deutschen These bekannt, er habe seine Vollmachten als Vorsitzender missbraucht, um das Büro zu einer Diskussion der deutschen Forderung zu zwingen, die dieses lieber ignorieren möchte. Wenn die Genfer Institutionen, die Hüter der Verträge sein sollen, das Instrument Deutschlands und der Sozialisten werden, um das neue Europa wieder umzustürzen, dann hätten die Krise, die sie durchmachen, die Abschwächung ihres Prestiges oder selbst ihre Auflösung keine Bedeutung mehr. Im übrigen liege etwas lächerliches in der Hartnäckigkeit der Genfer Apostel, über die Abrüstung sprechen zu wollen, wenn alle Ereignisse die Gefahr der Abrüstung beweisen.

SPD, Braunschweig, 23. Sept. (Eig. Dr.)

Am Freitag erschien in der Redaktion des "Volksfreund" in Braunschweig ein Gerichtsvollzieher in Begleitung von zwei Schutzpolizeibeamten, die einen Beschluss der vierten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig vorlegten, nach dem dem "Volksfreund" untersagt wird, in Zukunft noch Schreiben oder Geheimbefehle des braunschweigischen Sturmführers Rechtsanwalt Alpers und des zweiten Sturmbanns zu veröffentlichen. Als Bevollmächtigte des Sturmführers kamen der Bürovorsteher und ein Mann des Stabes mit Namen Buff, von dem die Polizei vermutet, dass er an den letzten Bombenattentaten in Braunschweig beteiligt war. Trotz des Protestes des Abgeordneten Thielemann durchsuchten sie auch seinen Schreibtisch und sein Zimmer.

Dem "Volksfreund" ist nach dem Beschluss der vierten Zivilkammer bei einer Geldstrafe von 500 Mark verboten, in Zukunft noch Dokumente des Sturmführers Alpers abzudrucken. Gegen den Beschluss werden alle Rechtsmittel eingelegt. Die Durchsuchung war völlig ergebnislos.

In seiner neuen Nummer kündigt der "Volksfreund" an, dass er nun dazu übergehen werde, in regelmässigen Abständen Geheimdokumente des Braunen Hauses in München abzudrucken. Er beginnt am Sonnabend mit einem Befehl des Hauptmann Röhm, der die Zusammenfassung der gesamten SA vor der ersten Reichspräsidentenwahl anordnete.

SPD. Der Reichspräsident hat den Gesandten in Belgrad, von Hassell, zum Botschafter bei der italienischen Regierung in Rom an Stelle des in den einstweiligen Ruhestand versetzten bisherigen Botschafters von Schubert ernannt. Weiter hat der Reichspräsident als Nachfolger des früheren Botschafters, jetzigen Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath den bisherigen Botschafter in Paris von Hoesch zum Botschafter in London und an seiner Stelle den derzeitigen Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Köster zum Botschafter in Paris ernannt. Weitere Personalveränderungen auf Botschafterposten stehen nicht bevor.

SPD. Genf, 23. September (Eig. Drahtb.)
Unter Vorsitz des irischen Ministerpräsidenten De Valera begann am Freitag die 68. Tagung des Völkerbundsrates mit einer Trauerfeier für den verstorbenen Hohen Kommissar in Danzig Graf Grawina.

Matos-Guatemala gab dann als gegenwärtiger Ratspräsident eine Darstellung seiner Massnahmen zur Beilegung des Gran Chaco-Streites zwischen Bolivien und Paraguay. Er schlug vor, der Rat möge den neutralen südamerikanischen Vermittlern seine Unterstützung ausdrücken und die neuen Nachrichten abwarten. Dagegen wünschte Madariaga-Spanien, der Rat solle sich auf Grund seiner Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt durch Einsetzung eines Berichterstatters oder eines kleinen Komitees, die dauernd Nachrichten einzuholen und Massnahmen zur Wahrung des Friedens vorzuschlagen hätten, direkt mit dem Fall befassen. Paul Boncour, Sir John Simon-England, Garay-Panama unterstützten diesen Vorschlag lebhaft. Der Ratspräsident schlug die Bildung des Komitees für einen der nächsten Tage vor. Dann wurde die Tagesordnung mit der debattelosen Erledigung von Ausschussberichten abgewickelt.

SPD. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat sich am Freitag gegenüber Vertretern der Zentrums Presse über "Das Ziel des Wahlkampfes" geäußert und dabei auch Ausführungen über Sinn und Zweck der Koalitionsgespräche des Zentrums mit den Nationalsozialisten gemacht. Stegerwald war an diesen Gesprächen massgebend beteiligt; er weiss also was zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in den letzten Wochen vorgegangen ist. Wenn er dennoch auf die Enthüllungen von Otto Wels im Berliner Sportpalast nicht mit einem Wort eingegangen ist, so ist das der beste Beweis dafür, dass die Feststellungen von Wels in jedem Punkt der Wahrheit entsprechen und nicht dementiert werden können. Uebrigens eine Feststellung, die in massgebenden Zentrumskreisen nicht bestritten, sondern ausdrücklich bestätigt wird.

SPD. London, 23. September (Eig. Drahtb.)
Der Austritt Sir Herbert Samuels, Snowdens, Archibald Sinclairs und vier weiterer Minister der liberalen Gruppe Samuel aus der Nationalregierung gilt jetzt als sicher. MacDonald ist bereits von der Absicht des Rücktritts informiert. Offiziell soll der Rücktritt jedoch erst nach der Kabinettsitzung vom 28. September erfolgen. Als Nachfolger der ausscheidenden Minister werden Konservative genannt.

SPD. Der Preussische Landtag hat sich am Freitag auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Präsident ist ermächtigt das Haus von sich aus wieder einzuberufen, jedoch möglichst nicht vor Beendigung der Reichstagswahlen.

Vor Beendigung der Tagung beschlossen die "aufbauwilligen Kräfte" und die Kommunisten, dass die preussischen Gemeindewahlen, die an sich erst 1934 fällig sind, bereits am 6. November mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden sollen. Dieser Beschluss wird kaum rechtswirksam werden, da ihm der preussische Staatsrat widersprechen wird und er dann zu seiner Verabschiedung im Landtagsplenum eine Zweidrittelmehrheit benötigt, die nicht zu erwarten ist.

Die Vertagung des Landtags auf unbestimmte Zeit lässt im übrigen den Schluss zu, dass die Bestrebungen der Nationalsozialisten, schnellstens einen Ministerpräsidenten zu wählen, vorläufig als gescheitert zu betrachten sind. In den letzten Tagen haben darüber zwischen Zentrum und Nationalsozialisten wieder eingehende Besprechungen stattgefunden.

SPD. London, 23. September (Eig. Dr.)

Die langwierigen Verhandlungen zur Beendigung des Arbeitskampfes in den Baumwollwebereien in Lancashire nähern sich dem Ende. Im Augenblick wird über eine Herabsetzung der Löhne um 8½ Prozent verhandelt. Die umstrittene Frage der Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter von Burnley soll durch Vermittlung eines Regierungsvertreters gelöst werden.

SPD. Der Vorsitzende des Ueberwachungs-Ausschusses des Reichstags hat am Freitag den Reichskanzler, den Reichsinnenminister sowie den Staatssekretär der Reichskanzlei Plank schriftlich aufgefordert, am Dienstag als Zeugen vor dem Ausschuss zu erscheinen. Es heisst, dass die Herren der Aufforderung Folge leisten werden.

SPD. Darmstadt, 23. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte am Freitag einen Reichsbannermann zu einem Jahr Zuchthaus und einen zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis. Zwei Kommunisten erhielten 10 und 8 Monate Gefängnis.

In der Nacht vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl kam es in Steinbach im Odenwald zwischen Reichsbannerleuten, Kommunisten und Nazis zu einem Zusammenstoss. Der Nazi-Monteur Hellbeck hatte einem jungen Kommunisten eine Ohrfeige versetzt. So entstand der Streit. Auf beiden Seiten gab es Leichtverletzte. Trotzdem verurteilte das Gericht den Reichsbannermann Lokomotivheizer Keil wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei schwerem Landfriedensbruch zu einem Jahr Zuchthaus, den Reichsbannermann Steiner zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und die beiden Kommunisten Arzt und Kiefer zu zehn bzw. acht Monaten Gefängnis. Der Nazi-Hellbeck, der Veranlasser des Streites, erhielt wegen tätlicher Beleidigung 50 Mark Geldstrafe.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Die Röntgenstrasse.

Sensationelle Aussagen vor dem Berliner Sondergericht - Beweise für die Mitschuld der Nazis - Hat der SA-Wirt Waffen verteilt?

SPD. Wollte man den Schauplatz jener unseligen Charlottenburger Schieserei vom 29. August in romantischen Farben und bannenden Ausdrücken des Grusels schildern - man träfe nicht die Wahrheit. Die mehr kleinbürgerliche als proletarische Röntgenstrasse hat in keiner Weise etwas Besonderes oder gar Unheimliches.

Wieso aber knallt es hier so oft? Wieso sieht man Geschosseinschläge in den Häusern, da und dort und da? Wieso schrecken die Leute hier manchmal nachts im Schlaf auf? Wieso entlädt sich in dieser Strasse so viel Hass? Die gründliche Gerichtsverhandlung bringt Erklärungen.

Jene Zeugin, die am Donnerstag die "Schuldigen" auf der Anklagebank nach krankhafter Lust und weibsteuflischer Laune, aber, zum Glück der Angeklagten, mit wechselnden Angaben aussuchte, betreibt im Nebenberuf einen Kramladen; entrüstet erzählt sie, wie man ihr eine Drohung ins Haus geschickt habe: "Nazikaufmann, nimm Dich in acht - der rote Block wacht!" Niemand wird behaupten, dies sei ein sehr feiner und freundlicher Verkehrston. Aber den Verkehrston schuf das Verkehrslokal Röntgenstrasse 12, wo der Mordsturm 33 haust. Jetzt ist an der kleinen Kneipe nichts besonderes zu sehen, nicht einmal eine Hakenkreuzfahne hängt heraus, es ist auch nicht, wie früher stets, ein Posten ausgestellt. Die als Zeugen vernommenen Bewohner der Röntgenstrasse schütten dem Gericht ihr Herz aus: keine Nacht konnte man schlafen; immer gab es Prügeleien; immer hörte man wüsten Lärm der Trunkenheit; oft schon wurde bei der Polizei die dauernde Schliessung des Lokals verlangt. Die Vergeblichkeit der Forderung stärkte den SA-Männern den Rücken, sie fühlten sich als Herren und benahmen sich wie Tiere: ein Ueberfall auf die "Kommune" nach dem andern wurde ausgeheckt und durchgeführt. Von vielen rohen bestialischen Taten sprechen in diesem Zusammenhang die Zeugen. Eine wackere Bürgersfrau, der die Nazianwälte der Nebenkläger vergeblich "Kommunistenfreundlichkeit" einreden wollten, zeigt auf einen SA-Mann im Zuschauerraum, der besonders häufig beteiligt war und der einmal mit unmenschlicher Lust einen zu Boden geschlagenen Arbeiter mit den Stiefelabsätzen bearbeitete. SA-Mann Dobiltschek muss vortreten, er hört die schweren Beschuldigungen zitternd und erbleichend und weiss nicht viel zu erwidern. SA-Mann Dobiltscheks Haltung ist nicht aufrechter, wie ihn der Ehemann und der Sohn jener Zeugin beschuldigen, unter den schiessenden Nazis gewesen zu sein, die, auf ein Signal hin, aus dem SA-Lokal herausstürmten, ausschwärmten und jenes Blutbad anrichteten, dem vermutlich ihre eigenen Leute zum Opfer fielen...

Heute herrscht Ruhe in den Nächten der Röntgenstrasse. Am nördlichen Ende fliesst, von einer Brücke überwölbt, breit und träge die Spree, umsäumt von kleinen Gärten, in deren Gebüsch die Täter offenbar verschwanden, und idyllisch beglänzt vom Silberflimmer des Mondes, ein Bild des Friedens.

+

Am Freitag wurde die Familie Engelhardt vernommen. Die Familie Engelhardt wohnt gegenüber dem Verkehrslokal des Sturms 33. Die Zeugen sahen, wie

die Nazis aus dem Lokal herausstürmten und schossen. Der Kommunistentrupp auf der gegenüberliegenden Seite sei bereits nach dem ersten Schuss auseinandergelaufen. Schwerwiegende Behauptungen - die Nazianwälte der Nebenkläger versuchten sie umzubiegen, indem sie die Belastungszeugen geradezu auf amerikanisch-inquisitorische Weise, wie sie sonst in Deutschland nicht üblich ist, bearbeiteten.

Der 70jährige Herr Engelhardt beschwerte sich darüber, dass man ihm auf der Polizei nur Bilder von Kommunisten gezeigt habe. Frau Engelhardt teilte mit, dass einer, den sie einem Kriminalbeamten gegenüber als Täter bezeichnete, von der Polizei wieder freigelassen worden sei; ebenso wäre späteren Anzeigen nicht nachgegangen worden. Der 43jährige Sohn des Herrn Engelhardt erklärte, einer der Schützen habe sich nach der Tat den Bart abnehmen lassen; es soll ein gewisser Lorenz Kuptschik sein. Lorenz Kuptschik soll auch in der Trunkenheit, kurz nach dem 29. August, erzählt haben, dass der Wirt des SA-Lokals Waffen verteilt habe. Im nüchternen Zustand soll er diese Aussage widerrufen haben. SA-Mann Kuptschik wurde vom Gericht geladen... Ferner wird sich auf die Engelhardtschen Beschuldigungen hin noch der SA-Mann Dobiltschek äußern müssen. Fest steht, dass er aus dem SA-Lokal mit den S.A.-Schützen herausgestürmt ist. Ob er selbst geschossen hat, wird sich hoffentlich noch herausstellen.

Haben auch die Kommunisten geschossen? Sie wurden bisher wesentlich nur von Nationalsozialisten belastet. Die Donnerstag-Aussage jener bössartigen Kaufmannsfrau, die alle drei Minuten anderes, aber stets etwas sagte, worauf sich theoretisch ein Todesurteil gründen liesse, bezeichnete selbst der Vorsitzende vorwegnehmend als "reichlich duster". Am Freitag bekam nun noch die Glaubwürdigkeit des belastenden SA-Mannes Kwiatkowski einen Knacks. Am Mittwoch hatte Kwiatkowski behauptet, dass er die Angeklagten Heine und Schall nach dem Ueberfall mit der Pistole in der Hand gesehen habe. Am Freitag musste Kwiatkowski eingestehen, dass er unmittelbar nach dem Zusammenstoss, bei dem er verletzt worden war, irrtümlich einen unbeteiligten jungen Mann unter derselben Beschuldigung festnehmen liess. Er erklärt die von ihm verursachte falsche Verhaftung mit den Schmerzen, die er nach seiner Verwundung empfand. Er erklärt die unter seinem Eid gemachte falsche Mittwoch-Aussage mit den Folgen einer Tetanusspritze, die er im Krankenhaus bekam. Er ist, wenn es um die Belastung von Kommunisten geht, um Ausreden nie verlegen. Er ist ein SA-Mann....

Ego.

+ + +

Führerlos - abgestürzt. In der Nähe von Ruma (Südslowien) stürzte ein Flugzeug ab und verbrannte. Die Piloten waren schon 50 Kilometer vor der Katastrophenstelle mit Fallschirmen abgesprungen. Sie hatten in der Luft einen beträchtlichen Motorendefekt entdeckt, jedoch keine Möglichkeit zur Notlandung gesehen. Die 50 Kilometer lange Reststrecke war die Maschine führerlos geflogen.

+ + +

Der vergessene Tote. Der Pariser Schauspieler Mondos, der im Film und auf der Bühne grosse Erfolge erzielt hatte, ist am Freitag-Vormittag in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen; es stellte sich heraus, dass der Tod bereits im Mai eingetreten sein muss. Seit dieser Zeit war der 65 Jahre alte Schauspieler plötzlich verschwunden, sodass Freunde Nachforschungen nach ihm hatten anstellen lassen. Erst als mehrere andere Mieter des Hauses sich über einen verdächtigen Geruch beklagten, brach die Polizei die Wohnung auf. Der Tod ist anscheinend während des Schlafes auf natürliche Weise eingetreten.

+ + +

Sonnenblumen-Rekord. Ein Tischler in Malente-Gremsmühlen (Holstein) züchtete in seinem Garten eine 5,03 Meter hohe Sonnenblume.

Pech am laufenden Band. Im Berliner Prozess des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss gegen die nationalsozialistischen Redakteure Krause und Lippert kam am Freitag jene üble "Kleine Anfrage" der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion wegen der angeblich intimen Beziehungen von Frau Dr. Weiss zu Generaldirektor Krojanker zur Erörterung. Die Nazis glaubten noch einmal in dieser Sache, in der selbst der nationalsozialistische Fraktionsvorsitzende Kube einen wehmütigen Entschuldigungsbrief an Dr. Weiss geschrieben hatte, so etwas wie einen kleinen Wahrheitsbeweis antreten zu können, erlitten aber eine glänzende Abfuhr. Nachdem dann dem diesmal in SA-Uniform auftretenden Krause und dem ewig traumversponnenen Lippert noch das Fell einer neuen Konzessionsangelegenheit, bei deren polizeilicher Erledigung die Nazis Unkorrektheiten des Nebenklägers erhofft hatten, weggeschwommen war, wurde die Verhandlung auf den 4. Oktober vertagt.

Massenvergiftung. In Charlottenburg wurden 46 Personen, hauptsächlich Anwohner der Fritsche-Strasse, von einer Fleischvergiftung befallen. Die Ermittlungen über die Herkunft des Fleisches sind noch im Gange.

750 Meter tief! Der bekannte Tiefseeforscher Dr. William Beebe tauchte an der Küste einer kleinen Insel der Bermuda-Gruppe in einer stählernen Taucherglocke 750 Meter tief hinab. Beebe, der eigentlich die Riefe von 1 000 Meter erreichen wollte, gab interessante Berichte und machte wichtige Photos von bisher nie gesehenen Fischen und Pflanzen.

Moskau-Moabit.... Der steckbrieflich gesuchte achtzehnjährige Kurt Kuhnert, einer der Teilnehmer des Feuerüberfalls auf das nationalsozialistische Lokal "Edelweiss" in Röntgental bei Bernau wurde auf der Passüberwachungsstelle des Bahnhofs in Tilsit festgenommen und in das Gerichtsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert. Kuhnert war in Moskau. Er sagt, dass ihn die Sehnsucht nach seinen Freunden und Angehörigen nach Berlin zurückgetrieben habe.

Das vertrunkene Glück. In München gewann ein Mann bei einer Lotterie 1 000 Mark. Bis auf 9 Mark hat er das Geld innerhalb von vier Tagen vertrunken. Diese 9 Mark fand man bei ihm, als er einem Herzschlag erlegen war.

Tödliches Leichengift. Als Todesursache einer in Schwetzingen verstorbenen Frau wurde Leichengift festgestellt. Die Frau hatte ihr verstorbenen Enkelkind geküsst.

Halbmast.... In Lammershagen bei Bielefeld nahm sich ein junger Mann das Leben, indem er sich auf der Spitze eines Aussichtsturms erhängte. Vorher hisste er die Fahne des Turms auf halbmast.

Pferde-Statistik. Nach einer amtlichen Statistik sollen im Jahre 1931 in Wien 48 000 Pferde zu Nahrungszwecken geschlachtet worden sein.

Mussolinis Sorgen. Der italienischen Presse ist bei Strafe verboten, in Zukunft schlanke Frauen abzubilden. Mussolini ist der Meinung, dass die Propaganda des Schlankheitsideals die Gebärfreudigkeit gefährden könne.

=====

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Antipapismus.

SPD. Gegen Papen! Dieser Kampfruf gab dem Kongress der christlichen Gewerkschaften, der diese Woche in Düsseldorf stattfand, sein Gepräge. Der Antipapismus beherrschte voll und ganz den Kongress, und zeitweilig gingen die Wogen der Empörung gegen den neuen Kurs, die ja die gesamte Arbeiterschaft bewegt, auf der Tagung sehr hoch - so hoch, dass es dem Reichsarbeitsminister Schäffer fast unmöglich wurde, zu Gehör zu kommen.

Diese scharfe Frontstellung der Christen gegen das Papen-Regime löste in der Öffentlichkeit, und zwar nicht nur bei dem schwerindustriellen Unternehmertum, ein scharf kritisches Echo wach. Die "Kölnische Zeitung", das führende Organ des rheinisch-westfälischen Unternehmertums, gab dem Kongress die Zensur "negativ". Auch Zentrumsblätter wie die "Tremonia" in Dortmund betonten in ihrer Würdigung der Arbeit des Kongresses, dass in wirtschaftspolitischer Hinsicht neben der Kritik das Positive gefehlt habe. Es sei nicht gesagt worden, was anstelle der Notverordnung zur Ankurbelung der Wirtschaft geeigneter wäre. Das habe man vor allen Dingen von Stegerwald erwartet. Auch die "Frankfurter Zeitung" übt scharfe Kritik an dem Auftreten Stegerwalds auf dem Kongress. "Gerade von ihm", betont sie, "hätte man etwas Sachlichkeit erwartet. Er hat sich lange genug als Reichsarbeitsminister betätigt, dass er darauf eine fruchtbare Kritik des sozialpolitischen Teiles der Notverordnung hätte aufbauen können." Dass Blätter vom Schlage der "Deutschen Bergwerkszeitung" an dem Kongress kein gutes Haar lassen, versteht sich von selbst.

"Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, antwortet auf diese Kritik am Kongress, dass sich der auf der Tagung zum Durchbruch gekommene Kampfwille keineswegs im Negativen erschöpft habe. In den führenden Referaten sei sehr viel Positives und Praktisches zu finden. Schliesslich sei es aber nicht Aufgabe eines Kongresses, sich in Einzelheiten zu erschöpfen. Es habe die grossen geistigen Linien aufzuzeigen, nach denen gearbeitet werden müsse, und dieser Aufgabe habe der Kongress genügt - trotz seiner scharfen kämpferischen Einstellung, der man sehr wohl eine positive Seite abgewinnen könne.

Wir müssen dem "Deutschen" Recht geben. Gewiss steckte der Düsseldorfer Kongress sehr stark im Politischen. Aber das ist kein Zufall und kein Fehler. Jeder Gewerkschaftskongress, ganz gleich welcher Richtung, muss im gegenwärtigen Augenblick eine stark politische Note haben; denn es geht ja um mehr als nur um sozialpolitische Einzelprobleme. Es geht um die Gleichberechtigung des Arbeiters, um sein Mitbestimmungsrecht im Staat und in der Wirtschaft, es geht um seine Grundrechte, um seine Menschenrechte. Und wenn deshalb der Düsseldorfer Kongress in erster Linie seinen Kampfwillen gegen die Papisten richtete, die die Grundrechte des Arbeiters bedrohen, die mit dem Kampfruf gegen den Wohlfahrtsstaat auf den Plan getreten sind und deren Notverordnungen nicht nur eine Fortsetzung und Ueberschreitung bereits unter Brüning und Stegerwald begangener Fehler darstellen, sondern einen Anlauf zu einem grundsätzlichen Wandel der Staatsführung gegenüber dem Arbeiter, so war das durchaus in der Ordnung.

Allerdings: man kann es verstehen, wenn der scharfe Ton, den Stegerwald auf dem Kongress gegen den Kanzler anschlug, manch unerfreuliche Erinnerung bei Freund und Feind wachrief. Es ist zwar nicht richtig, was die "Bergwerkszeitung" sagt, dass Papen nur vollendete, was Brüning begonnen habe, aber zweifellos haben sich die Papisten als gelehrige Schüler des Brüning-Kurses erwiesen - auf politischem wie auf sozialpolitischem Gebiet - ja als sehr gelehrige Schüler,

die das, was sie gelernt haben, heute gegen ihre Lehrer in Anwendung bringen.

Der Zorn im Lager der Christen gegen den Papismus ist nur allzu verständlich, nur allzu begreiflich. Dieser Papismus zertrümmert alle Ansätze für die Entwicklung einer grossen nationalen christlichen Arbeiterbewegung, wie sie Brüning und Stegerwald erstreben. Diese christlich-nationale Arbeiterbewegung soll nach dem Willen ihrer Führer in Deutschland eine Schlüsselstellung einnehmen und - das ist heute noch eine Hoffnung im christlichen Lager - die nationalsozialistische Bewegung soll eines Tages in diese Entwicklung einschwenken. Der Papen-Kurs ist nur ein Helfer für den Radikalismus. Die Kommunisten z.B. brauchen sich im neuen Wahlkampf kaum anzustrengen. Die fürchterlichen Urteile der Sondergerichte sind für sie die beste Propaganda. Auch muss der Papen-Kurs auf die Dauer das proletarische Element im Nationalsozialismus dem Kommunismus zutreiben. Das alles befürchtet man im Lager der Christen. Kein Wunder, wenn man dort sowohl aus sozialen und allgemeinpolitischen Gründen als auch aus eigenem Interesse heraus gegen den Papen-Kurs auf die schärfste Front macht.

Auf dem Gebiet der Ideen und der Praxis der Sozialpolitik brachte der Kongress nicht viel neues. Nur ein Vorführen in das berufsständische Ideengebiet, das vor allem Professor Brauer beleuchtete. In der praktischen Sozialpolitik konzentrierte der Kongress seine ganze Kraft auf die Abwehr des Angriffs der Papisten gegen die Errungenschaften der Arbeiter im Arbeitsrecht, auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in der Sozialversicherung. In dieser Abwehr gehen die Christen einig mit den freien Gewerkschaften. Hier gilt es jetzt nicht, neue Wege zu zeigen, sondern zunächst einmal den Gegner zurückzuwerfen. Nicht raisonnieren, sondern marschieren ist das Gebot der Stunde. Hoffentlich begreifen bald alle Arbeiter in Deutschland dieses Gebot.

SPD. Der neue Regierungskurs in Deutschland zeitigt immer schönere Blüten. So hat jetzt das Reichswehrministerium Tarifverhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband abgelehnt.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband stand mit den staatlichen Remonte-Aemtern Ferdinandshof und Neuhoft-Treptow in der Provinz Pommern, die dem Reichswehrministerium unterstellt sind, über ein Jahrzehnt im Tarifverhältnis. Die Verhandlungen über die jeweiligen Neuabschlüsse fanden immer direkt mit den Verwaltungen der beiden Remonte-Aemter statt und führten stets zu einer Verständigung. Jetzt haben die Verwaltungen der Remonte-Aemter die Tarifverträge mit der Erklärung gekündigt, dass sie Mitglieder des Pommerschen Landbundes geworden sind und Verhandlungen über den Neuabschluss der Tarifverträge nur mit dieser Organisation zu führen gedenken.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat daraufhin das Reichswehrministerium auf die tariffeindliche Einstellung des Pommerschen Landbundes hingewiesen, die dazu führte, dass in der Provinz Pommern fast alle bestehenden Tarife Zwangsverträge sind, und gebetend die Verwaltungen der Remonte-Aemter Ferdinandshof und Neuhoft-Treptow anzuweisen, die Verhandlungen über den Neuabschluss eines Tarifvertrages auch in diesem Jahr wieder direkt mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband zu führen, oder aber im Ministerium selbst Verhandlungen anzusetzen. Das Reichswehrministerium hat darauf wie folgt geantwortet:

„Auf das Schreiben vom 20. August 1932 teile ich mit, dass die Remonte-Aemter Ferdinandshof und Neuhoft-Treptow Mitglieder des Pommerschen Landbundes geworden sind und dass nunmehr die vom Landbund abgeschlossenen Tarifverträge auch für die genannten Remonte-Aemter ohne weiteres Anwendung finden. Verhandlungen über Tarifverträge kommen daher für die genannten Remonte-Aemter oder für mich nicht mehr in Frage.“

Mit diesem Bescheid deckt das Reichswehrministerium das Verhalten der genannten Remonte-Aemter. Es lehnt ebenfalls jede weitere Tarifverhandlung mit dem bisherigen Tarifpartner, dem Deutschen Landarbeiter-Verband, unter Hinweis auf die jetzige Zugehörigkeit der Remonte-Aemter Ferdinandshof und Neuhoft-Treptow zum Pommerschen Landbund ab. Das Reichswehrministerium heisst also die reaktio-

näre und tariffeindliche Einstellung des Pommerschen Landbundes gut und legt auf den Verkehr mit einer völlig selbständigen und von den Unternehmern absolut unabhängigen Arbeitnehmerorganisation, wie der Deutsche Landarbeiter-Verband eine ist, keinen Wert.

SPD. Der Verband deutscher Reeder hat endlich seine Vorschläge für die Erneuerung des Mantel- und Heuertarifs den Arbeitnehmer-Organisationen bekanntgegeben. Während für die Fahrgast- und Frachtschiffe der grossen Linienfahrt eine Verlängerung der jetzt geltenden Heuersätze um 2 Monate vorgeschlagen wird, werden für die Grosse Trampfahrt, ferner die gesamte Mittlere und Kleine Fahrt, ausserordentlich weitgehende Abbauwünsche vorgetragen, die noch dadurch verschärft werden, dass in der Einteilung der Fahrtgrenzen und Schiffsgrössen grundlegende Änderungen gefordert werden. Die Abbauforderungen gehen zum Teil bis zu mehr als 40 Prozent. Dazu kämen dann noch Verschlechterungen infolge Änderung der Fahrtgebiete.

Der Manteltarif soll für alle Schiffe, also auch für die Grosse Linienfahrt gelten. In ihm sollen vor allem die Zuschläge zur Tarifheuer, auf Motorschiffen, in der Auslandsbasisfahrt und nach 1½ jähriger Abwesenheit vom deutschen Hafen wegfallen. Die Arbeitszeiten sollen wesentlich verlängert, die Besatzungsstärken weiter verringert werden.

Dieser Teil der Forderungen dürfte auch ausserhalb der seefahrenden Bevölkerung auf scharfen Widerspruch stossen, weil er in striktem Gegensatz zu der Absicht der Reichsregierung steht, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten und zu vermehren. In der Aussprache der seemannischen Verbände und des Verbandes Deutscher Reeder mit Vertretern des Reichsarbeitsministeriums über die Anwendung der Notverordnung auf die Seeschifffahrt war die Erwartung ausgesprochen worden, dass die Beteiligten der Absicht des Gesetzgebers beim Neuabschluss des Tarifes selbst Rechnung tragen würden, sodass sich die Anwendung der Notverordnung erübrigen könnte. Der Verband Deutscher Reeder bewegt sich mit seinen Anträgen in gerade entgegengesetzter Richtung. Er möchte zwar die Vorteile der Notverordnung geniessen, aber die Pflichten, die sie ihm auferlegt, nicht erfüllen. Im übrigen werden fast in allen Positionen des Manteltarifs entscheidende Verschlechterungen gefordert.

Die Mitglieder des Verbandes Deutscher Schiffsingenieure werden in diesen Tagen in Sonderversammlungen, die in sämtlichen Hafenplätzen einberufen sind, zu den Anträgen der Reeder Stellung nehmen.

SPD- Wie der Schlichter für Westfalen mitteilt, haben bis zum 22. September 41 Firmen mit rund 6200 Mann Belegschaft die Neueinstellung von Arbeitern nach der Notverordnung angezeigt. Die Belegschaftszahl dieser Firmen hat sich auf 7121 erhöht, darunter befinden sich nur fünf Firmen, die über 50 Mann eingestellt haben.

SPD. Für den Siegerländer Erzbergbau fällt der Schlichter am Freitag einen Schiedspruch, der den bisherigen Manteltarif bis Ende März 1933 mit folgenden Änderungen verlängert. Bei gesetzlicher oder tariflicher Änderung der Arbeitszeit soll über den Lohn auch vor Abruf des Lohntarifs verhandelt werden. Die Urlaubvergütung des laufenden Urlaubsjahres wird um 25% gekürzt. Eine Verfallsklausel setzt eine Frist von drei Monaten zur Wahrung von Ansprüchen aus den Tarifen gegenüber dem Arbeitgeber fest.

Die Parteien vereinbarten noch, dass beim Zustandekommen des Rahmentarifs auch das Mehrarbeitsabkommen bis zum 31. März weiterlaufen soll.



Abgesang in Stresa.

Von Dr. F. Baade.

SPD. "Kleine Konferenz mit grossen Parolen", so muss das abschliessende Urteil über die jetzt beendete Konferenz von Stresa lauten. Zur Lösung des Rattenkönigs von finanzpolitischen, währungspolitischen und kreditpolitischen Fragen, der sich in Mittel- und Osteuropa infolge der Weltwirtschaftskrise zusammengeballt hat, ist in Stresa so gut wie gar nichts geschehen. Die Empfehlungen des hierfür eingesetzten Komitees gehen nicht über platteste Alltäglichkeiten und nichts sagende Empfehlungen hinaus.

Die einzige Frage, in welcher die Empfehlungen der Konferenz von Stresa konkrete Züge aufzuweisen scheinen, ist das südosteuropäische Agrarproblem. Die osteuropäischen Agrarländer müssen angesichts des Weltzusammenbruchs der Getreidepreise ihre Getreideüberschüsse zu Spottpreisen auf den Weltmarkt werfen. Wenn Donaugerste in Rotterdam 3,25 RM der Zentner, Donauweizen wie mehrfach im letzten Jahr weniger als 4.- RM pro Zentner kostet, so bleibt nach Abzug der Frachtkosten für den osteuropäischen Landwirt so gut wie nichts übrig. So kommt es denn, dass der rumänische Bauer ein Pud = 32 Pfd. Gerste verkaufen muss, um eine Schachtel Streichhölzer einzuhandeln. Das mächtige Russland hat zwar in den gleichen Jahren Gerste, Roggen und Weizen zu ähnlichen Spottpreisen verkauft, aber es hat die Lasten dieser Verlustverkäufe wenigstens nicht der landwirtschaftlichen Produktion und schon ganz und gar nicht den bevorzugten Staatsgütern auferlegt, sondern sie auf die Gesamtsteuerkraft und den Reallohn eines Volkes von 160 Mill. Menschen verteilt. So konnte es die Periode, in der sämtliche Exportländer ihr Getreide buchstäblich verschenken, durchhalten, während anderen kleineren und schwächeren, weniger diktatorisch regierten Ländern die Puste ausging. Dies ist im Falle Osteuropas buchstäblich geschehen. Auf den einfachen Gedanken, die Verluste beim Getreideexport auf die Gesamtheit zu übernehmen, d.h. auf Kosten der Steuerzahler Exportprämien zu bezahlen, sind die Länder Rumänien, Jugoslawien, Ungarn auch gekommen. Nur waren sie mit dieser Politik sehr bald am Ende ihrer Kraft und der Restbestand waren zerrüttete Staatsfinanzen und eingefrorene Kredite, Auslandsmoratorien, Devisensperren usw.

Hier schlägt nun die Konferenz von Stresa eine internationale Getreidevalorisierung vor. Schiebt man den pompösen Namen beiseite, so sieht man dahinter das vertraute Gesicht des Exportprämiensystems, nur dass diesmal - ein wirklich ganz neuer Witz der Weltwirtschaftsgeschichte - die Exportprämien nicht von dem Lande gezahlt werden sollen, welches exportiert, sondern von den Ländern, die mit diesen prämierten Exporten beglückt werden sollen. Das Motiv für die Zahlung von Exportprämien zugunsten Osteuropas soll dabei das Interesse der zahlenden Länder an ihrem Industrieumsatz und an dem Auf-tauen ihrer in Osteuropa eingefrorenen Kredite sein. Leider ist festzustellen, dass dieser schöne Plan, so wie er jetzt aus der Werkstatt von Stresa hervorgegangen ist, nur an der einen Seite Räder hat, nämlich an der Ausgabenseite. Schlechter bestellt ist es dagegen leider mit der anderen Seite, nämlich mit der Aufbringung des Geldes für die Exportprämien. Deutschland

hat bereits erklärt, dass es Zahlungen für diesen Fonds nicht leisten könnte England, das zwar könnte, will nicht zahlen und zwar ganz erklärlicherweise mit Rücksicht auf seine Dominions, denen es eben in Ottawa erst Präferenzen auf dem englischen Markt für ihre agrarischen Erzeugnisse eingeräumt hat. Das Schlimmste aber ist, dass man in der Begeisterung über den schönen Revalorisierungsplan ganz vergessen hat, darüber nachzudenken, wo denn eigentlich das Getreide bleiben soll, dem mit diesen internationalen Exportprämien der Weg auf den "Weltmarkt" freigemacht werden soll. Dieser Weltmarkt für Agrarprodukte, insbesondere für Getreide, besteht ja überhaupt nur noch in der Phantasie. Deutschland wird infolge seiner guten Ernte im laufenden Jahr keinen nennenswerten Zuschuss an Getreide haben, ebenso Frankreich. Die Tschechoslowakei, sonst ein Getreideeinfuhrland hat infolge guter Ernten Ausfuhrschmerzen. Es bleiben auf der ganzen Welt zwei Getreidemärkte übrig, nämlich ein grosser, der englische, der jedoch seit Ottawa den Dominions reserviert werden soll, und ein recht kleiner, der österreichische. Dieser österreichische Markt ist nun in der Tat in den letzten Jahren das Hauptabsatzgebiet für osteuropäische Getreideüberschüsse gewesen. Infolge einer guten Ernte wird Oesterreich aber dieses Jahr zum ersten Mal in seiner Geschichte keinen Einfuhrbedarf an Roggen und Hafer mehr haben und selbst an Weizen nur einen Einfuhrbedarf von im ganzen 250 000 t haben.

Nach so viel Negativem ist der Leser zu der Frage berechtigt, was man denn nun aber wirklich zur Lösung dieses unseligen osteuropäischen Agrarproblems und zur Bereinigung der eng damit zusammenhängenden deutschen und westeuropäischen Wirtschaftsinteressen in Osteuropa tun soll. Die Antwort darauf kann nur sehr illusionslos lauten: Aussprechen, was ist! Wenn Länder wie Deutschland innerhalb weniger Jahre den Charakter eines landwirtschaftlichen Zuschussgebietes fast völlig verlieren, wenn andere, gemischt industriell-agrarische Länder wie die Tschechoslowakei, Italien, Frankreich und, wie wir sehen, bis zu einem gewissen Grade auch Oesterreich den gleichen Weg gehen, so bedeutet dies für die gesamte Weltwirtschaft eine grundsätzliche Strukturwandlung. Der weltwirtschaftliche Güteraustausch zwischen Agrar- und Industrieprodukten ist, ganz abgesehen von der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, strukturell in entscheidendem Masse zusammengeschrumpft. Das ist bestimmt für viele Wirtschaftszweige unerfreulich. Es gäbe nur ein Mittel, um dieser Tatsache zu entgehen, wenn beispielsweise Deutschland das Gegenteil von landwirtschaftlicher Siedlung betreiben würde, nämlich Millionen seiner Landbevölkerung aus der Nahrungsmittelproduktion herauswerfen und in die Industrie übersiedeln wollte. Kein Mensch wird ernstlich den Mut haben, diesen Vorschlag zu machen. So müssen wir wenigstens den Mut haben, klar zu sehen und auszusprechen, was ist und nicht Illusionen einer Wirtschaftsstruktur weiter mit uns herumzuschleppen, die längst nicht mehr vorhanden ist und die durch kein noch so gekünsteltes System der internationalen Getreidevalorisierung wieder ins Leben zurückgerufen werden kann.

SPD. Präsident Dr. Mulert vom Deutschen Städtetag nahm die Tagung des erweiterten Vorstandes des Deutschen und des Preussischen Städtetages, die am Freitag und Sonnabend in Weimar stattfand, zum Anlass, Forderungen der Städte zur Verwaltungs- und Finanzreform vorzutragen.

Mulert wies darauf hin, dass die Reichsregierung die ihr in der letzten Notverordnung übertragene Ermächtigung für die Reform der Sozialversicherung und Sozialfürsorge nur zu dem Zwecke gebrauchen dürfe, unsere sozialen Notwendigkeiten über die Krise hinauszuretten. Soweit die Finanzschwierigkeiten der Gemeinde in Frage kommen, könnten Dotationen nicht mehr helfen; not-

wendig seien grundlegende Reformen. Bis dahin müssten die Gemeinden verlangen, dass das Reich die 150 Millionen Mark, die es infolge der Neuordnung in der Arbeitslosenhilfe spare, sogleich den Gemeinden in vollem Umfang zur Verfügung stelle. Die Städte hätten die von der Reichsregierung angenommene Gesamtlast der kommunalen Erwerbslosenfürsorge von vornherein als zu niedrig bemessen angesehen. Daran werde auch dadurch nichts geändert, dass die Reichsregierung durch Nichteinbeziehung grosser Gruppen der Erwerbslosen die Zahl der Erwerbslosen günstiger beziffere, als es der Wirklichkeit entspreche. Durch das neue System der Erwerbslosenstatistik bleibe die Reichszählung um nicht weniger als 400 000 hinter den genauen kommunalen Zählungen zurück. Seit Mitte Juni sei die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen so stark gestiegen, dass für das Rechnungsjahr 1932 mit mindestens 150 Millionen Mark neuer Belastung für die Gemeinden zu rechnen sei, während sich der Lastenanteil des Reiches um gleichfalls 150 Millionen Mark verringert habe. Unter diesen Umständen dürfe man sich nicht wundern, dass Störungen im Tilgungs- und Zinsendienst eintreten würden. In wenigen Monaten würden viele Stadtverwaltungen vor der ernstesten Frage stehen, ob sie die Zahlung der Unterstützung oder ihren Anleihedienst einstellen sollen. Zu fordern wäre auch, dass bei einem Wiederaufstieg der Wirtschaft zunächst die langfristig Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden. Es sei nicht zu verstehen, dass bei den von der Reichsanstalt geförderten öffentlichen Arbeiten zunächst nur 20 % Wohlfahrtserwerbslose eingestellt werden sollen, obwohl die Wohlfahrtserwerbslosen mehr als 50 % der unterstützten Arbeitslosen ausmachten.

Hinsichtlich der Reform des Staats- und Verwaltungsaufbaus bemängelte Dr. Mulert, dass die preussische Verwaltungsreform die staatlichen Angelegenheiten allein regele, was eine Gefahr für die organische Lösung bedeute. Das Ziel der preussischen Verwaltungsreform sei wohl, die Verwaltung in einer einzigsten Mittelinstanz zusammenzufassen, die Einheitlichkeit der Verwaltung in der Provinz sicherzustellen und für die Einordnung der preussischen Mittelinstanzen in eine künftige Reichsreform vorzusorgen. Mit diesem Ziel erklärt sich Dr. Mulert einverstanden; er hält aber den eingeschlagenen Weg für falsch und setzt sich für den Gedanken des Preussischen Städtetags ein, die Mittelinstanz und die speziellen Verwaltungszweige in der Hand des Oberpräsidenten zusammenzufassen. Die Städte wünschten eine einheitliche Zusammenfassung der Kommunalaufsicht über die mittleren und grösseren Städte beim Oberpräsidenten. Besondere Bedeutung habe auch die Zusammensetzung der staatlichen Beschlussbehörde, nachdem durch die preussische Verordnung die zweite Instanz beseitigt worden sei. Die Städte müssten hier fordern, dass bei entsprechenden Sitzungen der Bezirksausschüsse nur Mitglieder mitwirken, die die kommunalen Verhältnisse kennen. Soweit die Lokalinstanzen in Frage kommen, vertrat Mulert die Forderung, möglichst alle Verwaltungsaufgaben der örtlichen Instanz im Wege der Dezentralisation und Dekonzentration in der Hand der Städte zusammenzufassen. Die "Staatskommissare für Ablieferung von Staatssteuern" gehörten nicht in die Neuordnung des Verwaltungsrechts. Wenn Störungen in der Ablieferung von Staatssteuern entstanden sind, so sei daran die mangelnde Staatsbeteiligung an den Wohlfahrtslasten schuld. Die Gemeinden selbst hätten für die Rationalisierung ihrer Verwaltung bereits die entscheidenden Schritte getan. Dahin gehörten die Vorarbeiten für einheitliche Haushalt-, Kassen- und Rechtsordnungen. Auf der Weimarer Tagung sei durch eine Verabschiedung des Entwurfs einer Rechtsordnung für die deutschen Gemeinden der Schlusspunkt unter diese Reformarbeit gesetzt.

SPD. Eine Reihe von Landwirtschaftskammern sieht sich genötigt, die Öffentlichkeit auf ihre bedrohliche finanzielle Lage aufmerksam zu machen. So muss die Landwirtschaftskammer Stettin mitteilen, dass sie vor ihrem Ende stehe, wenn die fälligen Beiträge und Gebühren nicht umgehend bezahlt werden. Bekannt ist seit langem die schwierige Lage der Kammer in Kiel.

Andererseits klagen die Landwirte, dass die Beiträge zu den Handelskammern stark überhöht seien. Ein Pflichtbeitrag von über 50 Pfennigen pro Hektar sei für die Landwirtschaft zu hoch und stehe in keinem Verhältnis zu den Leistungen der Kammern. Das Bild wird deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass die Kammern auch mit staatlichen Beihilfen arbeiten.

Bei allen Kammern erklärt sich die schlechte Finanzlage wohl aus einer Überorganisation und Aufblähung, die nach dem Kriege eingesetzt hat. Bei den Landwirtschaftskammern haben nach dem Kriege Personen mit und ohne Offiziersrang Unterkunft gefunden, auf deren Dienste die Landwirtschaft gut verzichten kann, die aber in der bekannten rechtsradikalen Agitation auf dem Lande eine, wie man sieht, sehr kostspielige Rolle spielen. Im übrigen dürfte es wohl zutreffen, dass sich die Kammern in Geschäfte eingelassen haben, denen sie nicht gewachsen waren. So erlitt die Kieler Kammer infolge einer verunglückten Ausstellung in Hamburg während des Jahres 1929 allein einen Verlust von 400 000 Mark. Kiel ist auch die Kammer, deren Auto- und Reisekostenkonto im Jahr allein 220 000 Mark ausmacht. Wir befürchten, dass Ähnliches auch bei andern Kammern vorliegt, und lehnen es ab, wenn man jetzt dem Staat zumutet, für die Kammern die bekannte hilfsreiche Hand aufzutun.

Abschliessend wollen wir noch bemerken, dass es gerade bei diesen Kammern gang und gäbe war, über "rote Misswirtschaft" zu wettern. Vielleicht werden die nächsten Tage und Wochen noch Gelegenheit geben, sich mit der Misswirtschaft bei den Kammern zu beschäftigen. Vielleicht wird auch dann verständlich, weshalb die Kammern eine Beteiligung von Arbeitnehmervertretern immer ablehnten, die von der Sozialdemokratie in Preussen seit Jahren gefordert wird.

SPD. Die Grossagrarien haben in dem Münchener Hitlerblatt veröffentlichten Vorschlag der Nationalsozialisten, die Margarinesteuer einzuführen und die Zuckersteuer z.T. zu ermässigen, aufgegriffen. In der Deutschen landwirtschaftlichen Presse tritt Dr. Rogge unter Hinweis darauf, dass der Zuckerkonsum gegenüber dem Vorjahr um 15 % gesunken sei, auf den Boden der nationalsozialistischen Anregung. Selbstverständlich will auch Dr. Rogge den Höchstpreis, wodurch eine wirkliche Senkung des Zuckerpreises erzielt werden könnte, nicht ermässigen. Dann müssten ja auch die Agrarien und die Industrie Opfer bringen. In Übereinstimmung mit den Nazis verlangt er einen Abbau der Zuckersteuer und Einführung der Margarinesteuer. Der Abbau der Zuckersteuer kann aber zu keiner hinreichenden Verbilligung des Zuckers führen. Dagegen würde die Margarinesteuer zu einer Belastung der breiten Massen führen, die selbst, wenn man die Zuckersteuer ganz abschafft, nicht ausgeglichen werden könnte.

SPD. Die Reichsregierung, deren befremdliche Mitteilungen über Gründe und Auswirkungen des verdreifachten Heringszolls wir bereits kritisiert haben, muss jetzt eine derbe Abfuhr aus Fachkreisen hinnehmen. Die Reichsregierung hat nämlich die Behauptung aufgestellt, die Verdreifachung des Zolls würde zu keiner Verteuerung führen. Ausserdem behauptet die Regierung, England habe durch einen Schutzzoll die Einfuhr deutscher Heringe nach Eng-

land erschwert; auch hätten die englischen Exporteure infolge der Pfund=entwertung den Vorteil eines Dumpings.

Die zuständige Organisation, der Reichsverband der deutschen Fischhändler e.V., wendet sich nun in eindeutiger Weise gegen die Darstellung der Regierung. Der Reichsverband gibt an, dass die Erhöhung des Zolls auf 9 Mark pro Tonne, bei dem billigen Salzhering, der aus Norwegen geliefert wird, zu einer Verteuerung um 31 % vom Werte führen muss. Das macht beim Einzelhering eine Verteuerung von 1,2 Pfennigen aus. Wir selbst haben die wahrscheinliche Verteuerung mit 2 Pfennigen geschätzt. Nach der Rechnung des Reichsverbandes dürfte unsere Befürchtung schon richtig sein, weil ja auf dem Wege bis zum Konsumenten bei erhöhten Kaufpreisen ganz automatisch eine Verteuerung einzustellen pflegt. Mit Recht weist der Reichsverband auch darauf hin, dass die Einfuhr von billigen Heringen aus Norwegen im vorigen Jahr um 80 % gestiegen ist. Das ist nichts anderes als eine Folge der furchterlichen Not in Deutschland. Diese Not soll nun noch verzollt werden. Dabei ist die deutsche Salzheringfischerei nach Mitteilungen des Reichsverbandes nur in der Lage, 10 % des gesamten Bedarfs zu decken.

Im übrigen verweist der Reichsverband der deutschen Fischhändler auf die Tatsache, dass noch nie eine Ausfuhr von Salzheringen nach England stattgefunden habe; vielmehr sei England der Hauptlieferant für Deutschland. Deshalb könne auch die Einfuhr deutscher Salzheringe nach England nicht durch englischen Schutzzoll unterbunden worden sein; ebenso wenig habe mit Entwertung der englischen Währung ein Dumping englischer Heringe nach Deutschland eingesetzt. Vielmehr sei im Jahre 1931 die Einfuhr aus England um 20 % zurückgegangen, während der Rückgang der Gesamteinfuhr nur 12 % betrage.

SPD. Der Berufungssenat des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung hat die Berufungen der Bauhilfe in Berlin, der Westdeutschen Kredithilfe in Essen und der Deutschen Bau- und Hypothekensparkasse in Hamburg zurückgewiesen.

SPD. Die hessische Regierung hat eine äusserst wichtige Anordnung erlassen, die sich gegen den Kartellunfug richtet. Sie hat dem Verband der rheinisch=hessischen Kohlenhändler die Verhängung von Strafen untersagt, wenn der Kleinhandel die festgelegten Kohlenpreise unterschreitet. Die hessische Regierung begründet ihr Verbot mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Not. Man dürfe keinen Geschäftsmann zwingen, höhere Preise zu fordern. Massgebend müsse der Preis sein, den die Kalkulation des Geschäftsmannes ergibt.

SPD. Der Berufungssenat des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung hat die Berufungen der beiden Bausparkassen Bausparergilde, Bausparkasse G.m.b.H. in Essen und Terra-Nuova A.G. in Berlin zurückgewiesen. Bei der Deutschen Sparerbund für Eigenheime G.m.b.H. in Düsseldorf wurde die Entscheidung der ersten Instanz aufgehoben. Die genannte Bausparkasse wird von den Verpflichtungen aus Terminzusagen befreit. Ausserdem wurde für die Kasse ein Zahlungsverbot erlassen.

Konkurrenz der Provinzmühlen.

(Berliner Getreidebörse vom 23. September.)

SPD. Die etwas freundlichere Stimmung für Weizen machte sich auch am Freitag an der Berliner Produktenbörse bemerkbar. Bei weiter knappem Angebot zeigten die Mühlen etwas grössere Kauflust. Ferner wurde auch für Exportzwecke einiges Material gekauft. Infolgedessen konnten sich die Preise befestigen. Am Lokomarkt wurde der Kurs um 2 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um 1 Mark heraufgesetzt. Roggen war dagegen schwächer veranlagt. Das Angebot in Kahnware war reichlich, während sich die Kauflust in engen Grenzen hielt. Dazu traten Gerüchte über die Einfuhr von polnischem Roggen, die verstimmend wirkten. Die Kurse blieben also am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Prompthandel unverändert. Das Mehlgeschäft hat im allgemeinen noch keine Belebung erfahren. Roggenmehl hatte sehr kleines Geschäft, wobei weiter die Provinzmühlen den Berliner Grossbetrieben scharfe Konkurrenz machen. Die Forderungen der Mühlen lauteten für beide Sorten unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei kleinem Angebot ist die Kauflust grösser geworden. Gerste blieb ruhig.

	22.9.	23.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	207 - 209	209 - 211
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industrierogste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	136 - 141
Weizenmehl	25,25-29,75	25,25-29,75
Roggenmehl	21,20-23,55	21,00-23,40
Weizenkleie	9,90-10,20	9,70-10,10
Roggenkleie	8,50- 8,90	8,50- 8,90
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen September 222 (Vortag 221) Oktober 220½ (219½), Dezember 221½-221½ (220½), März 225½ (224½), Roggen September 172½-172½ (172½), Oktober 171½ (171½), Dezember 172½-172 (172½), März 175 (176). Hafer September 147 (-), Oktober - (144).		

Berliner Viehmarkt.

SPD. Am Rinder-, Kälber- und Hammelmarkt gaben die Preise infolge genügender Ortszufuhren stärker nach. Besonders gross war der Auftrieb von Ochsen. Am Schweinemarkt bewegte sich der Auftrieb nur über 7 000 Tieren. Infolge nicht genügendem Angebots zogen die Preise stärker an.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 46 (45), b. 240 bis 300 Pfund 45 (43-45), c. 200 bis 240 Pfund 42-45 (42-44), d. 160 bis 200 Pfund 39-42 (38-41), e. 120 bis 160 Pfund 36-38 (35-36), Sauen 38-41 (37-40), Schafe: a. 31-32 (33-34), b. 34-35 (35-36), c. 30-32 (30-33), d. 15-28 (14-28). Kälber: b. 43-50 (45-53), c. 35-45 (38-50), d. 23-32 (25-35). Kühe: a. 23-26 (23-24), b. 20-22 (20-22), c. 17-20 (17-19), d. 10-16 (10-16).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, 23. September 1932.

Wir wollen umziehen.^x

Von Weare Holbrook.

SPD. Fräulein Purdy gab ihre Wohnung auf, weil das unter ihr wohnende Ehepaar Tag und Nacht miteinander zankte. "Es würde mich ja nicht allzu sehr stören", sagte sie zum Hausverwalter, "wenn ich wenigstens verstehen könnte, was sie einander zurufen. Aber dazu bin ich nicht imstande. Es ist ein vollkommen unverständliches Stimmengewirr."

So zog sie ins Hotel "Zur Stadt Wien" um. Aber dort brachte sie der Bewohner des benachbarten Zimmers zur Verzweiflung, indem er das elektrische Licht unablässig auf- und abdrehte. "Es tut mir wirklich leid, Fräulein Purdy", sagte der Hoteldirektor, "aber wir können unmöglich zur Kerzenbeleuchtung zurückkehren. Schliesslich und endlich leben wir im 20. Jahrhundert, sogar hier im Hotel "Zur Stadt Wien"."

"Ich verlasse morgen Ihr Hotel", erwiderte kühl Fräulein Purdy.

Sie zog nun aufs Land. In einem alten Bauernhofe mietete sie sich ein und blieb dort zwei Wochen. Immerhin befand sich auf dem benachbarten Grundstück eine Windmühle, die bei dem leisesten Luftzug überaus wehmütig kreischte. Fräulein Purdy bat den Besitzer, die Windmühle abzustellen. Doch kaum hatte er ihr diese Bitte erfüllt, da begannen die Ochsen, nach Wasser zu brüllen. Das war sogar noch ärger.

Fräulein Purdy verliess die Gegen und wohnt zur Zeit in der Vorstadt, die die Vorzüge von Stadt und Land vereinigt. Ihre Nachbarn haben einen grossen Polizeihund, und wenn sie Abends ausgehen, dann setzt sich der Hund auf die Türschwelle und bellt gewissenhaft so lange, bis seine Besitzer nach Hause zurückkehren. Die Nachbarn gehen durchschnittlich an sechs Abenden der Woche ins Kino, und der Hund bellt durchschnittlich sechsmal in der Minute. Das hat Fräulein Purdy im Verlaufe gründlicher Zählungen festgestellt.

Und wenn Fräulein Purdy einmal stirbt und in den Himmel kommt, wird sie sicherlich die ganze Ewigkeit lang auf ein und derselben Wolke mit einem kleinen Engel sitzen müssen, der auf seiner Harfe Fingerübungen ausführt. Es ist ihr nun einmal bestimmt. Denn die ruhelose Seele, die heute, im Zeitalter der Massenproduktion und der Normbauten, von einem Mietshaus ins andre zieht, wird zumeist nichts weiter als ihre Adresse ändern.

Herr und Frau Milfred haben sich daher entschlossen, die Sache zu vereinfachen, indem sie umziehen, ohne ihre Wohnung zu verlassen. Wenn der Umzugstermin herannaht, lassen sie bloss ihr ganzes Hab und Gut aus dem Hause tragen, mischen es gründlich durcheinander und tragen dann alles wieder in ihre Wohnung zurück.

Dieses System haben die Milfreds bereits vor einigen Jahren durch einen glücklichen Zufall entdeckt. Sie hatten sich damals entschlossen, aus ihrer Wohnung Bumpwell-Avenue 347 auszuziehen und in das Haus 437 überzusiedeln. Sie riefen also einen Spediteur an, erteilten ihm ihre Aufträge und verbrachten das Wochenende am Strande. In der Zwischenzeit kamen die Möbelpacker in das Haus 347, luden alles, was sie in der Wohnung vorfanden, in ihren Möbelwagen, fuhren um den Häuserblock herum und luden in ihrer Zerstretheit alles wieder im Hause Nr. 347 ab. Zu ihrer Entschuldigung muss bemerkt werden, dass die Kreuzworträtselmode damals gerade ihren Höhepunkt erreicht hatte, und dass die Möbelpacker angestrengt über ein Wort mit 5 Buchstaben, das "genau" bedeutete, nachdachten.

Als die Milfreds von ihrem Wochenende zurückkehren, fanden sie, dass sie noch immer die gleiche Adresse hatten. Alles war so, wie sie es zurückgelassen hatten - nur, dass sich der Eiskasten im Schlafzimmer, die Stühle auf dem Klavier, die Matratzen in der Badewanne, das Konversationslexikon im Ofen, die Goldfische im Schirmständer und die Familienporträts hinter der Zentralheizung befanden.

"Ach, es ist genau so, als wären wir wirklich umgezogen", rief Frau Milfred in hellem Entzücken aus, während sie sich durch das Möbelgebirge einen Weg bahnte. "Wir werden zumindest zwei Wochen brauchen, um alles in Ordnung zu bringen!"

"Sie hätten aber wenigstens so schlau sein können, das blaue Cocktail-Schüttelglas, das uns Cousine Agnes geschenkt hat, zu zerbrechen," murrte Herr Milfred.

"Man darf von den Leuten nicht allzu viel verlangen", besänftigte ihn seine Frau. "Sieh nur, sie haben ohnehin der Porzellankatze, die ich beim Bridgetournier gewonnen habe, die Ohren abgebrochen und dein hässliches rotes Lackrauchtischchen demoliert. Wir müssen ihnen im nächsten Jahre neuerlich Gelegenheit geben!"

Und nun birgt der Umzugstermin für die Familie Milfred keine Unsicherheit und keinen Zweifel mehr. Anstatt ihre Kräfte auf der Wohnungssuche zu verschwenden, können sie sich jetzt darauf konzentrieren, all ihr Hab und Gut neu aufzustellen. Das Verlangen nach Veränderung wird auf diese Weise befriedigt und dabei die Unbequemlichkeit, sich nach dem Umzug mit einer neuen Garnitur von Nachbarn herumstreiten zu müssen, vermieden. Man kann schliesslich auch mit dem gleichen Streitgegenstand jahrelang auskommen.....

(Alleinberechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von
Leo Korten.)

Adolf der Grosse.^x

SPD. Einer Zeitungsmeldung zufolge hat Mussolini eine Verordnung herausgegeben, nach der es den italienischen Zeitschriften und Zeitungen verboten wird, durch Abbildungen schlanker Frauen die Gebärfreudigkeit zu gefährden. Wir haben daraufhin unsern Mitarbeiter beauftragt, Hitler über seine Meinung zu diesem Erlass zu befragen.

Der Osaf empfängt mich in seinem Arbeitszimmer, am Schreibtisch sitzend. Nachdem er meinen Presseausweis noch einmal höchst persönlich geprüft hat, fordert er mich gütig lächelnd auf, Platz zu nehmen. Aus einer auf dem Tische liegenden Packung bietet er mir eine "Trommler" an, wobei er mich gleichzeitig fragt: "Sammeln Sie auch die Bilder -?" Darauf entspinnt sich ein längeres Gespräch über die verschiedenen Sorten von Zigarettenbildern, und sofort ist der persönliche Kontakt vorhanden. Das Unverfälschte, Naturwüchsige im Wesen Hitlers kommt zum Durchbruch. Er ist lebhaft, scherzt, klopft mir freundschaftlich auf die Schulter und lädt mich ein, ihn gelegentlich in seiner Privatwohnung zu besuchen, um mir dort in Ruhe seine Sammel-Alben anzusehen. Die Fliegerbilder hat er bereits vollständig. "Vielleicht können wir tauschen," meint er.

Dann gelingt es mir, das Gespräch auf das eigentliche Thema zu bringen, und sofort weicht das Lächeln auf Hitlers Gesichte der ehernen Maske, die jeder kennt. Ich frage: "Und wie ist Ihre Meinung zu dem neuen Erlass Ihres Kollegen Mussolini, Herr Hitler?"

"Ich bin selbstverständlich der gleichen Ansicht," antwortet er, "und würde keinen Augenblick zögern, wäre ich schon an der Macht... - leider hat sich der Herr Reichspräsident nicht geneigt gefunden, mich zum Diktator zu dekretieren...was meinen Sie übrigens, ob da etwa persönliche Gründe vorliegen...?"

Ich verneinte eilig, und Hitler fuhr sichtlich erleichtert fort: "Also ich würde keinen Augenblick zögern, den gleichen Erlass auch in Deutschland herabszugeben. Ich bin mir vollkommen darüber klar, wie stark psychologische Einflüsse wirken können. Ich habe gerade" - er beugte sich vertraulich zu mir herüber - "in der letzten Zeit auf diesem Gebiete grosse Erfahrungen gesammelt. Ich lasse mich nämlich psychoanalytisch behandeln; Sie glauben nicht, was für Komplexe der Arzt bei mir herausfindet! Da ist mir zum Beispiel als Kind mal folgendes passiert...."

"Das Folgende muss leider der Öffentlichkeit vorenthalten werden, weil es mir unter dem Siegel strengster Diskretion erzählt wurde. Jedenfalls griff ich als Hitler mit den Worten schloss: "...und auch Hanussen ist der gleichen Meinung!", den verloren gegangenen Faden des Gesprächs wieder auf und frage weiter: "Dann sind Sie also tatsächlich der Ansicht, dass die Abbildung schlanker Frauen demoralisierend im Sinne des Dritten Reiches wirkt?"

"Auf jeden Fall! Sehen Sie, das Schlankheitsideal ist unzweifelhaft semitischen Ursprungs, während die germanische Rasse von jeher statios und füllig gewesen ist. So hat im Laufe eingehender Nachforschungen unser verdienstvoller Rassenforscher, der Pg. Günther, festgestellt, dass nicht nur die alten Germanen wacker "immer noch eins tranken", sondern dass auch ihre Ehefrauen heimlich oft einer Schluck des nahrhaften Mets genehmigten, wodurch allein schon eine gewisse Fülle hervorgerufen worden sein dürfte."

"Das sind dann ja immerhin beachtliche Gründe!"

"Nicht wahr? Es besteht da allerdings eine gewisse Unstimmigkeit zwischen dem Pg. Günther und meinem Stabschef Röhm, der auf Grund persönlichen Studiums den schlanken Figuren den Vorzug gibt; aber ich hoffe, es wird sich ein Kompromiss finden lassen, das beiden Teilen ihr Recht werden lässt. Im Notfall werde ich eben ein Machtwort sprechen!"

In diesem Augenblicke, da er aufgerichtet da sass, sah der Osaf wahrhaft majestätisch aus. Ich sah zufällig auf die Schreibtischplatte und entdeckte erst jetzt ein Heft, das dort lag. Es trug den Titel "Die Demokratie als Grundlage des Staates". Mein erstaunter Blick musste Hitler aufgefallen sein, denn er sagte unaufgefordert: "Ist sie nicht etwas Herrliches, die Demokratie? Wie recht haben wir damit gehabt, dass wir von vornherein das Prinzip der Demokratie mit allen Mitteln verfochten haben, und die Weimarer Verfassung als den unverrückbaren Grundstein, der allen Stürmen trotzen soll. Ich weiss, es gibt Kreise in Deutschland, deren Ideal der monarchische, der absolutistische, kurz der Führergedanke ist - - ich nenne nur den Namen Hugenberg..." (hier schwankte die Stimme des Osaf, und eine schmerzliche Träne stahl sich in sein Auge, während er bitter murmelte: "Es war die Enttäuschung meines Lebens!") "...aber fuhr er mit erhobener Stimme fort, "wir, die wir die Klassen beseitigen wollen wir, die wir echte Sozialisten sind, wir, die wir einen von allen Schlacken gereinigten Klassensozialismus predigen..."

Hier merkte Hitler, dass er sich verplappert hatte. Er sackte plötzlich in sich zusammen, warf mir einen mitleiderregenden Blick zu und jammerte: "Habe ich Quatsch gemacht, ja, habe ich Quatsch gemacht? Sagen Sie's doch, bitte, nicht weiter! Es ist wirklich nicht meine Schuld! Ich gebe mir die grösste Mühe; aber in einem fort muss ich umlernen, immerzu umlernen. Ich kann bald nicht mehr."

Er bot ein bejammernswertes Bild der Niedergeschlagenheit. Ich mochte nicht weiter Zeuge davon sein, wie auch dieser grosse Mann mit den eisernen Nerven einer plötzlichen Schwäche unterlag, und bat um die Erlaubnis, gehen zu dürfen. Er raffte sich auf und verabschiedete mich huldvoll. "Vergessen

Sie beim nächsten Male nicht die Bilder!" rief er mir noch nach.

Beim Hinausgehen warf ich über die Schulter einen schnellen Blick zurück. Der Osaf sass schon wieder zusammengesunken im Sessel und popelte gedanken- voll mit dem Finger in der Nase. Sein Gesicht trug wiederum den gesammelten, tief nach innen gerichteten Ausdruck, der glücklicherweise der Nachwelt in dem Buche "Hitler, wie ihn keiner kennt", erhalten geblieben ist -, diesen Ausdruck, den sein Gesicht immer zeigt, wenn er angestrengt über die kulturelle Erneuerung Deutschlands nachzudenken pflegt. -

Walter Schirmeier.

"Pardon wird nicht gegeben...!"

SPD. Die grosse Aufteilung Ostasiens begann am Ende des vorigen Jahr- hunderts. Kriegerische Konflikte der beiden ostasiatischen Grossmächte China und Japan waren Anlass für die europäischen Kolonialpolitiker, sich als "Be- schützer Chinas" aufzuspielen und dabei gute imperialistische Geschäfte zu machen... Die Friedensverhandlungen zwischen Japan und China, die um die Unab- hängigkeit Koreas und um den Besitz der Insel Formosa geführt wurden, führten zu einem wüsten Raubzuge gegen das chinesische Volk. Nicht nur Japan kam um die Früchte seines Sieges, sondern China musste auch noch teuer die Vermittler- rolle europäischer Mächte bezahlen. Europas Kolonialpolitiker leisteten dem chinesischen Volke einen Bären dienst. Doch die Geschenke, die sie für ihre "Bemühungen" um die Befriedung Ostasiens einsteckten, erwiesen sich als Danaergeschenke für die europäischen Imperialisten. Sie führten nicht zuletzt mit zu jenen grossen, machtpolitischen Konflikten, die in die Bündnispolitik des letzten Krieges hineintrieben.

Heute ist es vor allem wichtig, die Rolle des kaiserlichen, imperialisti- schen Deutschland aus dieser Zeit kennen zu lernen. Ohne Kenntnis der wirkli- chen, auch der tiefer liegenden Ursachen, die zum Weltkriege führten, ist eine "Nie wieder Krieg!"-Bewegung undenkbar. Noch nie haben Hohenzollernprinzen, Fürsten, Barone und andre Förderer des Militarismus wieder so intensiv sich der Kriegstreiberei gewidmet wie heute, in der Partei Adolf Hitlers. Sie erwei- sen sich als die besten "Commis voyageurs" der Schwerindustrie. Im Frieden von Shimonoseki, der im März 1895 abgeschlossen wurde, zwangen die europäi- schen Mächte China zu grossen Konzessionen. Frankreich nahm sich Grenzrechte an der indochinesischen Grenze. England verstärkte seinen südchinesischen Einfluss, Russland nistete sich in der Mandschurei ein, und Deutschland, bis dahin kaum kolonial in Ostasien interessiert, forderte erweiterte Handelsrech- te in Hankau und Tientsin. Diese deutschen Forderungen leiteten wirtschafts- politisch die "Vertragsannexion" von Kiautschou ein. Sie verstärkten gewisser- massen den Appetit der deutschen Rüstungsindustrie, die am Ausbau der ostasia- tischen Militärstationen natürlich Bombengelder verdiente.

Das deutsche Vorgehen, verbunden mit dem später erfolgten Versuch der För- derung der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Buren, machte die Briten miss- trauisch. Man kann sagen: mit dem imperialistischen Drange deutscher Kolonial- politiker, sich in Ostasien festzusetzen, begann eigentlich schon der erste Schritt zur Einkreisung im Weltkriege. Der wirtschaftlichen Expansion in China folgte die militärische auf dem Fusse. 1897 benutzte man die Ermordung zweier deutscher Missionare als Vorwand zur Besetzung der Kiautschou-Bucht. Eine Strafexpedition, aus einem Kriegsschiffgeschwader bestehend, sollte die "Bar- baren" zur Raison - und dafür die geeigneten Pfänder, also Kiautschou, einbrin- gen. Unter den Kanonen der Kriegsschiffe wurde der Vertrag von Kiautschou auch unterzeichnet.

Diese Strafexpedition brachte den Stein ins Rollen. Was deutsche Militärs konnten, das trauten sich auch die andern zu. Russland besetzte Port Arthur.-

Kurzerhand nahmen die Briten die Festung Wei-Hai-Wei in ihren Besitz und sicherten sich grosse Landrechte bei Hongkong. Die Franzosen griffen nach der Kantschubucht. Diese willkürlichen und erniedrigenden Wegnahmen chinesischen Landes durch die Europäer führte in China zu starken fremdenfeindlichen Bewegungen. Unter der Losung "China den Chinesen!" entwickelten sich Volksaufstände, die sich in Ueberfällen auf Fremde Luft machten. Der Boxeraufstand brach aus. Der Aufstand der Boxer war Kriegsfanal. Die europäischen Kriegshetzer sahen endlich ihre Zeit gekommen. Sie mobilisierten für einen ostasiatischen Feldzug gegen die "räudigen Boxerhunde". Allen voran ging Wilhelm der Zweite, der Grossaktionär des Kanonen-Krupp. Er rief eigenmächtig die europäischen Völker zum Kriege gegen die Barbaren auf. Er verstieg sich sogar zu einer Werbebezeichnung mit der flammenden Hetzunterschrift: "Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!" Diese "heiligen Güter" fassten sofort die Militärs als Kanonen, Gewehre und Soldaten auf, die sie gegen die Barbaren ins Feld führten. Es wurden Strafexpeditionen grösseren Umfangs aufgestellt. Deutschland entsandte ein Expeditionskorps Marineinfanterie und den Grafen Waldersee als Oberbefehlshaber der verbündeten europäischen Streitkräfte. Wilhelm von Hohenzollern, sonst weit vom Schusse, liess es sich diesmal nicht nehmen, die Truppe selbst zu verabschieden, und so kam es 1900 in Bremen zu jener denkwürdigen "Hunnen"-Rede des Hohenzollern, die nicht nur Symptom für die Kriegshetze, sondern auch Anlass für alle späteren Dinge wurde, die man uns nach dem Kriege zur Last gelegt hat. Die Rede schloss mit den Sätzen:

"Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen... Es ist umso empörender, als dieses Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt eure preussische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freudigen Ertragen von Leiden.. gebt an Manneszucht und Disziplin in aller Welt ein Beispiel! Ihr wisst wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind (?) Kommt ihr an ihn, so wisst: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, dass auf tausend Jahre hinaus kein Chinese es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen... Öffnet der Kultur (!!!) einen Weg ein- für allemal.. Adieu, Kameraden!" (Wer denkt dabei nicht an den Phrasenschwulst Adolf des Schwätzers?)

Diese Ansprache war ein Musterbeispiel der Verdrehungskunst, der einseitigen Hetze, wie sie vor jedem Kriege von den Kriegstreibern angewandt wird und heute in den Schlagworten einer blindwütigen, von der Schwerindustrie hochgepöppelten Soldateska, der Hitler-SA schon wieder ihre reifen Früchte trägt. Dem Rufe "Nie wieder Krieg!" sollte heute ein anderer Ruf gleichgesetzt werden: "Nie wieder diese Kulturbarbarei!"

Von Cagliostro bis Kreuger.^x

SPD. Wahrscheinlich umfasst die Kategorie unsozialer Menschen die genialsten, bestimmt die intelligentesten Charaktere. Die Geschichte überliefert uns zahlreiche Namen und Taten des Verbrechens, und sie zeigt deutlich, dass im Gedächtnis der Zeiten neben der grossen Gewalttat vor allem intellektueller Betrug bewahrt bleibt, denn alle Arten von Hochstaplern, angefangen bei den Alchimisten, Religionsgründern, Scheinfinanziers, bis zu den Abenteurern des Blutes und des Geistes, deren charakteristische Repräsentanten vor allem ein Casanova, Saint-Germain und Cagliostro waren, beschäftigen noch nach Jahrhunderten die Welt durch Witz, Geschick und Verwegenheit. Man scheint das Verbrechen um des Stils willen zu bewundern, mit dem es gewagt wird. Der Bürger, dessen Vorfahren als Klasse durch den Hochstapler geschädigt wurden, der gleiche Bürger, der jede Veruntreuung eines Teelöffels von Gerichten klaggestellt

wissen will, bewahrt in seinem Schranke die Biographien jener geistvollen Gauner. Hier sind in den Gegensätzen verborgene Sympathien, entstanden aus verdrängten Abenteuer-Komplexen - weshalb sonst liest die Welt einige Jahrhunderte hindurch immer wieder des kecken Casanova Abenteuer zu Wasser und zu Lande? Er gilt mehr, als er ist -, aber er ist auch mehr, als er gilt: Als er, noch jung, einmal im Gefängnis sitzt, schreibt er aus Zeitvertreib drei dicke Bände über die Irrtümer französischer Historiker in den Schilderungen der Geschichte Venedigs; also muss er ein Mann von grossen Kenntnissen und Gaben gewesen sein. Wohin er kommt, sei es in die Gesellschaft der Kaufleute, die er rupfen will, um nebenbei noch ihre Frauen und Töchter zu verführen, sei es an den Hof von Paris oder Warschau, in den Haag oder zu August dem Starken - überall fasziniert er durch Anmut. Man betraut ihn mit diplomatischen Aufgaben, man schenkt ihm in Vermögensfragen Vertrauen -, und selbst dann, wenn ihn ein einzelner einer Schuftigkeit überführt, glaubt man dem Betrüger mehr als dem Betrogenen.

Als Konkurrenten betrachtete Casanova den "Grafen" Saint-Germain, der seine Mitwelt glauben machte, im Besitze verjüngender Kräfte zu sein. Noch als Sechzigjähriger hatte er das blühende Aussehen eines Vierzigers, aber sein Trick lief - so paradox das auch klingen mag - vor allem darauf hinaus, sich den Jahren nach älter zu machen, als er war. Man erzählte sich von ihm, er sei der natürliche Sohn der Witwe Karls II. von Spanien; Frankreich sandte ihn in offizieller Mission in den Haag, um eine Anleihe für das Reich aufzunehmen - die Deckung sollte durch Diamanten seiner eigenen Schmelze beschafft werden. Casanova, der davon erfuhr, wusste so geschickt dagegen zu intrigieren, dass das Projekt misslang -, aber dennoch finden wir Saint-Germain an den führenden europäischen Höfen als Goldmacher, Verjüngungsarzt, Weltmann und Diplomat: mit dem einzigen Kapital der Dummheit und Vertrauensseligkeit seiner Mitmenschen. Sobald sich Gefahren melden, genügt die Flucht, und dazu lässt man ihm immer noch Zeit, weil der durch ihn kompromittierte Fürst Enthüllungen aus vertrauten Stunden oder die Geste der Lächerlichkeit fürchtet. Ludwig XV. schenkt dem Manne ein Schloss mit einem Riesenlaboratorium; Warschau, Petersburg, Dresden reissen sich um die Huld des Betrügers, und nur Voltaire wagt es, einen ironischen Brief über das Phänomen des Abenteurers an Friedrich von Preussen zu senden. Saint-Germain wie Casanova sind Hochstapler mit artistischem Ehrgeiz. Es ist die Vollkommenheit der Tricks, die Wirkung und die Bewunderung, die den eigentlichsten Reiz dieser Leben ausmacht, es sind die Spannungen der Gefahren, an denen sich Geschick und Ueberlegenheit immer neu beweisen müssen, und gerade diese beiden Hochstapler retten sich in ein geruh-sames Alter!

Der Jüngere, und im Grunde weniger Gauner als Schwärmer, ist Cagliostro alias Joseph Balsamo. Der französische Hof ist der Schauplatz seiner Ränke. Die Halsbandaffäre, deren eigentlicher Anstifter er war, genügte, um alles gegen ihn gehäufte Material als wichtig genug erscheinen zu lassen für eine Verhaftung; Kirche und Staat benutzten diesen Anlass für einen langwierigen Prozess gegen Cagliostro als das Haupt der Freimaurerbewegung, aber auch gegen den Alchimisten und Eindringling, gegen den bis dahin so beliebten und mit Ehren und Gold überhäuften Hochstapler. Er starb 1795 als Gefangener im Fort Saint Leo.

Die Hochstapler der modernen Zeit erscheinen weit weniger glänzend, kaum faszinierend, selten genial. Ihnen entgegen steht allerdings eine ganze Maschinerie der Kriminalistik und die fortschreitende Aufklärung. Uebersinnliche und alchimistische Bluffs wirken heute nicht mehr leicht. Dennoch - Ein Künstler seines Faches war der - in die Phantasiewelt des Films eingegangene - Rumäne Manolescu, der "Fürst der Diebe", gefürchtet in allen Spielsälen, Schrecken der Banken und Hoteliers. Schon er ist nicht mehr der graziöse Betrüger des achtzehnten Jahrhunderts; er nimmt im Notfall einen richtigen Einbruch in Kauf und nähert sich dem Typus des unkünstlerischen

Verbrechers....

Ignaz Strassnoff kommt unserm Ideal des spielerischen, des in erster Linie intellektuellen Outsiders der Gesellschaft näher. Die österreichische Offiziersuniform dient ihm als Mittel zu grossartig kombinierten Betrugsmanövern. Der Alltag existiert für ihn nur, um ihn durch eine flotte, überraschend Tat lebenswürdig und lächerlich zu machen.

Ins Getriebe der Politik wagt sich nach langer Pause Ansbach wieder, der zur Zeit politischer Wirren (1919) die Konjunktur für überall gewitterte Geheimverträge zu nützen verstand und einer neugierigen Regierung einen wundervoll gefälschten Bündnisvertrag einer Grossmacht mit der Tschechoslowakei verkaufte. Natürlich begannen nun grosspurige Verhandlungen mit Notenwechsel und Ultimatum, bis sich herausstellte, dass die Diplomaten Schwindlern ins Garn gegaßen waren. Ansbach war nicht zu finden; man gab sich wohl auch keine allz grosse Mühe.

Damit setzte eine Reihe von Dokumentenfälschungen ein, die heute kaum beendet ist, und die beweist, wie gern sich manche Grossmacht der Welt auf Geschäfte einlässt, die ihre eigenen Gesetze unter hohe Strafen stellen.

Domela? Seine Rolle als Hochstapler war doch mehr von Andern, als von ihm selbst gewollt! Es genügt wahrscheinlich für die meisten charakterschwachen Menschen eine kleine Geldkalamität und die Versuchung, Zufallsnimbus gelten zu lassen, um auf solche Weise bequem die Umwelt zu täuschen. Wo ist Domelas Zug zum Genialen, die Phantasie, die frappierende Persönlichkeit? Seine Züge tragen eine Zufallsähnlichkeit mit einem ehemaligen Prinzen; das ist alles und um einen Pump von dreissig Mark wird er später schon als Kreditschwindler verurteilt.

Im zwanzigsten Jahrhundert ist das Genie der Täuschung, der Trickartist des Daseins kein Hochstapler mehr; riesige Aktienschiebungen, Pleiten, bei denen es um Millionen geht, Bank- und Versicherungsskandale, die mehr oder minder sogar noch auf gesetzlicher Basis liegen, haben das Erbe der Salontaschenspieler angetreten. Gerade in diesem Jahre zeigt der Fall Kreuger, dass der Hochstapler heutzutage sich weniger an Fürsten als an den Groschen der arbeitenden Massen bereichert, besonders dann, wenn er ein Jahrzehnt lang als Wirtschaft "Führer" gilt!

Peter Bissig.

SPD. Abgeführt.^x Ein amerikanischer und ein deutscher Geschäftsreisender treffen sich auf der "Europa". Der amerikanische erzählt: "Ich war jetzt in Deutschland. Da habe ich die gesamte Kohlenerzeugung des letzten Jahres aufgekauft."

"Ja, ihr Amerikaner seid fabelhaft," erwidert der Deutsche. "Deshalb bin ich vor einiger Zeit einmal rübergefahren, um mir das Land anzugucken. Und was soll ich Ihnen sagen: Es hat mir so gut gefallen, dass ich jetzt noch einmal hinfahre."

"Um es sich noch einmal anzusehen?"

"Oh, nein, ich habe einen Scheck in der Tasche, mit dem ich jetzt die Vereinigten Staaten aufkaufen werde."

SPD. Ein landwirtschaftliches Buch.^x In den grössten Buchladen einer kleinen Stadt kam kürzlich ein dicker Herr vom Lande, der ein Buch kaufen wollte. Er wusste aber selbst nicht, was das für ein Buch sein sollte. Der Verkäufer legte ihm schliesslich "Das Leben der Bienen" von Maeterlinck vor. Der dicke Mann blätterte umständlich darin, las hier und da eine Seite und erklärte schliesslich: "Sehr hübsch. Haben Sie nicht etwas Ähnliches über Ziegen?"

Preussischer Landtag

20. Sitzung

SPD, Berlin, den 23. September 1932.

Die Freitag=Sitzung des Preussischen Landtags wird von Präsident Kerrl um 10,15 Uhr eröffnet.

Abg. Kube (Nat. Soz.) erhält ausserhalb der Tagesordnung das Wort zu einer persönlichen Erklärung, in der es heisst: Der Abg. Steuer (Dnat.) hat in einer seiner gestrigen Reden in der bei ihm bekannten Phantasie erklärt, ich hätte ihm gegenüber Dr. Bracht als den für uns Nationalsozialisten in Frage kommenden Ministerpräsidenten genannt. Diese Behauptung des Abg. Steuer ist eine subjektive und eine objektive Unrichtigkeit. Der Abg. Steuer ist dafür bekannt, dass er Dinge behauptet, die lediglich in seiner Phantasie vorhanden sind. (Beif. und Händeklatschen b.d. Nat. Soz.)

Es wird dann zunächst ein Ausschussantrag angenommen, wonach das Staatsministerium sofort der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg 380 000 RM bereitstellen soll zwecks unverzüglicher Verteilung an die durch eine Unwetterkatastrophe im uckermärkischen Tabakbaugebiet Geschädigten.

In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung weist Abg. D. Koch-Oeynhausen (Dnat.) den in der gestrigen Sitzung des Landtags gegenüber dem Abg. Steuer von nationalsozialistischer Seite gemachten Zuruf "Judenjunge" zurück. (Heiterkeit b.d. Nat. Soz.) Er erwartet, dass der Zwischenrufer veranlasst werde, diese Verunglimpfung mit Bedauern zurückzunehmen.

Abg. Steuer (Dnat.) betont, er hätte in seiner gestrigen Rede gesagt, der Abg. Kube habe ihm erzählt, dass ein Oberbürgermeister einer westlichen Grosstadt als Ministerpräsidentenskandidat in Aussicht genommen sei. Der Abg. Kube lüge, wenn er... (Grosse Erregung b.d. Nat.-Soz. - Abg. Kube: Ungehört!)

Abg. Kube (Nat. Soz.) sagt, Steuer habe gelogen. Präsident Kerrl ruft den Redner zur Ordnung (Heiterkeit). Steuer habe sich im Restaurant oft unaufgefordert an den Tisch der Nationalsozialisten gesetzt (Heiterkeit) und sich dabei auch Bemerkungen gegenüber Herren seiner eigenen Partei geleistet, die wiederzugeben der Auffassung des Redners über Ritterlichkeit widerspreche. (Heiterkeit und Hört, Hört! = Rufe bei den Nat. Soz.) Was den Zuruf "Judenjunge" anlange, so nehme er, der Redner, keinen Anstand, für seine Fraktion zu erklären, dass er diesen Zuruf bedauere und die Fraktion ihn nicht aufrechterhalte. Wenn solche Zurufe bemängelt würden, so müsse er allerdings auch schon darauf hinweisen, dass die deutschnationale Abg. Freifrau von Watter die Nationalsozialisten als "Schweine" bezeichnet habe. (Grosse Erregung und stürmische Pfui=Rufe b.d. Nat. Soz., die sich von den Plätzen erheben und auf die Abgeordnete Freifrau von Watter blicken.)

Auf Antrag des Abg. Winzer (Soz.) wird ein auf einen sozialdemokratischen Urantrag zurückgehender Antrag des Wohnungsausschusses, der sich mit den Mietsverhältnissen der alten Stadtvogtei in Berlin beschäftigt und vom Reichskommissar schleunige Abhilfe verlangt, ohne Aussprache angenommen.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt stehen zur Beratung die Anträge der Kommunisten, des Zentrums und der Nationalsozialisten auf Strafunterbrechung für politische Gefangene. Die Anträge des Zentrums und der Nationalsozialisten sind gleichlautend. Sie ersuchen das Staatsministerium, in den Strafsachen, in denen auf Grund der Entschliessung des Landtags vom 16. Juni 1932 eine Strafunterbrechung oder Nichtvollstreckung angeordnet worden ist, die Strafe weiterhin nicht zu vollstrecken, bzw. falls inzwischen eine Vollstreckung wieder angeordnet worden ist, dieselbe zu unterbrechen, sofern es sich um Freiheitsstrafen oder Reststrafen von nicht mehr als sechs Monaten handelt. In allen übrigen

Fällen soll die Strafe dann unterbrochen werden, wenn die Weitervollstreckung für den Verurteilten oder seine Angehörigen insbesondere auch unter Berücksichtigung einer bereits erfolgten Strafunterbrechung eine besondere Härte darstellen würde. - Der kommunistische Antrag fordert die Strafunterbrechung bzw. den Strafaufschub für alle politischen Gefangenen, soweit sie unter den damaligen Landtagsbeschluss fielen. Mit der Beratung dieser Anträge sind verbunden ein sozialdemokratischer Antrag auf Nachprüfung aller von Sondergerichten gefällten Urteilen und ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung der Angeklagten des Felseneck-Prozesses.

Abg. Kuttner (Soz.):

Als die Notverordnung vom 9. August erlassen wurde, schrieb der "Vorwärts": "Dies ist die Aufhebung sämtlicher Rechtsgarantien". Die Praxis hat das bestätigt. Das Allertraurigste ist vielleicht, dass in ganz unpolitischen Fällen auch die Sondergerichte wüten. Wenn früher Couleurstudenten wie die Bonner Borussen einen Schutzmann verprügelt haben, dann hat man das als Ulk- und Jugendtorheit entschuldigt und mit ein paar Mark Geldstrafe abgemacht. Heute bekommen unbescholtene Arbeiter, die in der Trunkenheit sich mit Schutzleuten prügeln, ein Jahr Zuchthaus - die gesetzliche Mindeststrafe. Noch viel schlimmer sieht es in politischen Prozessen aus. Durch die Änderung des Prozessverfahrens ist es vollkommen in das Belieben der Gerichte gestellt, wie weit sie den Verteidigungsanträgen der Beklagten folgen wollen. Ich erinnere an den Fall des zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilten Reichsbannermannes Max Rothe. Verschiedene Zeugen haben Rothe als den Mann bezeichnet, den sie bei einer nächtlichen Schiesserei als Revolverschützen erkannt hatten. Rothe hatte zu seiner Verteidigung geltend gemacht, dass es in der betreffenden Strasse, der Hollmannstrasse, viel zu dunkel gewesen sei; als dass die Zeugen ihn mit solcher Bestimmtheit hätten erkennen können. Und er hat einen Lokaltermin darüber beantragt. Trotzdem hat das Gericht den Lokaltermin abgelehnt, obwohl es mit der Strassenbahn in einer halben Stunde hätte nach dem Tatort gelangen können. Dies in einer Sache, in der es unter Umständen um die Todesstrafe gegangen wäre! Wie steht es überhaupt mit den Zeugenaussagen in diesen Prozessen? Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, dass nur meine Parteifreunde glaubwürdig und alle politischen Gegner unglaubwürdig sind. Aber die Gerichte sollten konsequent sein! In Fällen, wo Nationalsozialisten angeklagt waren, erklärten sie: Reichsbannerleute und Kommunisten sind politische Gegner der Angeklagten, wir glauben ihnen daher nicht. Im Falle Max Rothe dagegen hat das Gericht die nationalsozialistischen Belastungszeugen für voll glaubwürdig erklärt. Ein sehr merkwürdiger Zufall! (Sehr richtig bei den Soz.) Wir stellen fest, dass die Urteile der Sondergerichte im Widerspruch zum Rechtsempfinden der Bevölkerung stehen und ersuchen deshalb, unseren Antrag anzunehmen. (Debh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Steinfurth (Komm.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf sofortige Haftentlassung der Angeklagten im Felseneck-Prozess.

Abg. Dr. Freisler (Nat. Soz.) richtet scharfe Angriffe gegen die kommunistische Regierung, die den Beschluss der Braun-Regierung, bis zur Erledigung der Amnestie politische Gefangene von der Haftvollstreckung zu verschonen, aufgehoben habe. Durch die Sondergerichte sei an die Stelle eines geordneten Gerichtswesens die Möglichkeit der Willkür getreten. Das widerspreche dem Rechtsstaat und habe mit der Notwendigkeit, mit dem Terror Schluss zu machen, nichts zu tun. Niemals sei eine solche Erregung durch das Volk gegangen, wie aus Anlass des Beuthener Urteils, durch das fünf deutsche Kämpfer für das Deutsche Volk zum Tode verurteilt wurden, weil sie einen Unterweltmenschen töteten. (Lärm links)

Abg. Dr. Zubke (Dnat.) lehnt die Aufhebung der Sondergerichte ab.

Abg. Steinfurth (Komm.): Die Behauptung, dass der von Nationalsozialisten ermordete Pietrzuch ein polnischer Insurgent sei (Zuruf v.d.Nat.Soz.: Strassenräuber! - Gegenruf v.d.Komm.: Unerhört!), sei leicht zu widerlegen. Pietrzuch sei im Gegenteil bis 1919 Mitglied von deutschen Grenzschutzformationen gewesen. Er sei nach Urteil seiner Vorgesetzten ein besonnener und ruhiger Mensch gewesen, der nichts mit polnischen Insurgenten zu tun gehabt habe. Im Gegenteil habe er sich geweigert, für Polen zu optieren. (Hört, hört b.d.Komm. - Zuruf v.d.Nat.Soz.: Das sind Behauptungen!) Es sei bezeichnend, dass die Nationalsozialisten diesen bestialischen Mord an einem Arbeiter zu verteidigen bereit seien. Pietrzuch sei eine Stunde lang grausam misshandelt worden. Und mit den Mördern erkläre sich Hitler solidarisch! Er nenne das Eintreten für sie eine Ehrenaufgabe für die Partei. (Hört, hört b.d.Komm. - Zuruf v.d.Nat.Soz.: Sie vergessen wohl Horst Wessel!) Es sei unerhört, dass dieser Mord noch gebilligt werde. Nationalsozialistische Zeitungen hätten sogar die Aufnahme einer Berichtigung der Mutter des Ermordeten abgelehnt, und im Gegenteil behauptet, die Mutter hätte gesagt, es sei nicht schade um ihren Sohn. (Pfui! - Rufe bei den Nat.Soz.) Die Massen würden dieses Verhalten der Nationalsozialisten entsprechend bewerten. (Lebh. Beif. b.d.Komm.)

In der Abstimmung wird der nationalsozialistische Antrag über die Strafunterbrechung bzw. weitere Nichtvollstreckung von Freiheitsstrafen oder Reststrafen von nicht mehr als sechs Monaten angenommen. Der gleichlautende Zentrumsantrag ist damit erledigt. Ebenso wird der kommunistische Antrag auf Durchführung der Landtagsentschliessung vom 16. Juni angenommen. Auch der sozialdemokratische Antrag über die Nachprüfung aller Sondergerichts-urteile und Herabsetzung unverhältnismässig schwerer Strafen findet Annahme. Auf nationalsozialistischen Antrag wird weiter beschlossen, dass die Regierung unverzüglich beim Reich die Aufhebung der Verordnung über die Bildung von Sondergerichten fordern soll. Ebenfalls wird ein deutschnationaler Entschliessungsantrag gebilligt, wonach von der Befugnis, Strafsachen an die Staatsanwaltschaft zur Behandlung im ordentlichen Verfahren abzugeben, in weitestem Umfang Gebrauch gemacht werden soll. In Sachen Felseneck wird statt des Kommunistischen ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach sofort alle Massnahmen getroffen werden sollen, um die im Felseneck-Prozess angeklagten Untersuchungsgefangenen aus der Haft zu entlassen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Beamtenausschusses, der den Reichskommissar ersucht, bei der Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen dafür zu sorgen, dass die ausgesprochenen Kündigungen von Angestellten der Landkreise und Amtsgerichte sofort rückgängig gemacht werden, im Einvernehmen mit den Angestelltenräten und Gewerkschaften die Unterbringung in anderen Stellen durchgeführt wird und Dauer-Angestellte gegen ihren Willen nur unter Bewilligung der gesetzlichen Ruhegelder entlassen werden. Ausscheidende Angestellte sollen auf eine Abfindungssumme Anspruch haben.

Das Haus beschäftigt sich dann mit Anträgen des Handelsausschusses über Bergbaufragen.

Abg. Vogt (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zeche "Präsident" in Bochum und betont, dass auch die beabsichtigte Stilllegung der Zeche "Präsident" vier Nachbarzechen gefährden würden. In der Bevölkerung Bochums habe die Ankündigung der Stilllegung ungeheure Erregung hervorgerufen. Es handele sich um modernste Schachtanlagen. Das Unternehmen, das früher durchaus gesund gewesen sei, sei durch hemmungslose Konzentrationsbestrebungen und Angliederung dem Ruin entgegengeführt worden. In seinen weiteren Ausführungen setzt sich der Redner für

die Verstaatlichung des Bergbaus ein. Das System der Subventionen könne man nur als Übergangserscheinung betrachten und nur beim Erzbergbau werde eine Ausnahme gemacht, weil dieser zu den konjunkturrempfindlichsten Betrieben gehöre.

Die von dem Ausschuss vorgeschlagenen Anträge werden darauf vom Landtag bestätigt. Das Staatsministerium wird ersucht, die Bestimmungen zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter in aller Schärfe anzuwenden. Durch eine Verfügung sollen die gesetzlichen Betriebsvertretungen ermächtigt werden, bei dringender Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter bestimmte Arbeitsstellen stillzulegen, bis die Entscheidung der Aufsichtsbehörde herbeigeführt ist. Ein weiterer Antrag ersucht das Staatsministerium, alle Massnahmen zu ergreifen, um den Betrieb des Peiner Walzwerks und der Ilse-der Hütte aufrecht zu erhalten. Ebenso wird bestätigt der sozialdemokratische Antrag gegen die beabsichtigte Stilllegung der Zeche "Präsident".

Das Haus geht dann zur zweiten Beratung des nationalsozialistischen Gesetzentwurfs über die Vorverlegung der Gemeindewahlen, der Provinziallandtage, Kommunallandtage und Kreistage auf den 6. November 1932 über.

Abg. Brückner (Nat. Soz.) begründet den Antrag und erklärt, der Sturm=lauf gegen das System Braun=Severing sei nicht damit zuende, dass an ihre Stelle Dr. Bracht trete. Der Redner wendet sich gegen das Wort von der schwarz=braunen Koalition und erklärt, es könne höchstens eine braun=schwarze geben; in der braun die Führung haben würde.

Abg. Hensen-Godesberg (Ztr.) befürchtet, dass die in Aussicht genommene Verwaltungsreform auch noch den Rest der Selbstverwaltung beseitigen werde. Die Gemeinden müssten vor den Gefahren und Erschütterungen neuer Wahlen angesichts der allgemeinen Notlage bewahrt werden. Bei den Gemeindevertretungen komme es mehr als bei den grossen Parlamenten auf Erfahrung und Persönlichkeit der gewählten Vertreter an als auf die politische Einstellung.

Abg. Harnisch (Soz.)

wendet sich zunächst gegen die Nationalsozialisten, die alle Anstrengungen machten, einen Landtagswahlkampf zu vermeiden. Ihnen komme es nur darauf an, die deutschnationalen Vertreter in den Gemeinden zu verdrängen. Die Sozialdemokratie scheue eine Wahl nicht, sehe aber gegenwärtig dazu keine Notwendigkeit. Die grosse Verwaltungsreform habe bisher nicht durchgeführt werden können, weil die Rechte sie verhindert habe. Die Notlage der Gemeinden sei entstanden durch die Wirtschaftskrise und die Fürsorgetätigkeit; die Sozialdemokratie trage dafür keine Verantwortung. Jetzt, wo der Entscheidungskampf die grossen politischen Probleme und um Weltanschauungen geführt werde, sei keine Zeit für die kleinlichen Gesichtspunkte, die bei Gemeindewahlen eine Rolle spielen. (Sehr richtig und Beifall)

Es folgt die dritte Lesung des Antrages und darauf die Abstimmung. Der Nazi-Antrag, die Kommunalwahlen am 6. November vorzunehmen, wird mit den Stimmen der Kommunisten angenommen. Alle anderen Parteien sind dagegen. Die gleiche Mehrheit von Nazi und KPD beschliesst dass vor Zusammentritt der neugewählten Gemeindevertretungen Neuwahlen kommunaler Wahlbeamter nicht stattfinden sollen, und dass ferner zu diesen Wahlen stimmberechtigt sein sollen alle über 20 Jahre alten Reichsdeutschen, die am 1. Oktober 1932 ihren Wohnsitz im Gemeindegebiet haben. - Abgelehnt wurde der deutschnationale Antrag, den Tag der Neuwahl nicht festzulegen.

Das Haus setzt dann die am Donnerstag unterbrochene Aussprache über die Haushaltsnotverordnung fort. Mit der Beratung verbunden sind u.a. die Bade=polizeiverordnung Dr. Brachts und ein kommunistischer Antrag auf Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher. Während der Rede des am Tage vorher ausgeschlossenen Abg. Nuschke (Staatspt.) führen die Nazi ein

solches Theater auf, dass die Sitzung auffliegt. Sie wird nach zehn Minuten wieder eröffnet. Einer der Hauptruhestörer, der Nazimann Freiherr von Eltz, erhält einen Ordnungsruf.

Die Haushaltsnotverordnung und die mit ihr verbundenen Gegenstände werden dem Hauptausschuss überwiesen. Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung sämtlicher Zeitungsverbote und auf Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Falls nicht besondere Umstände eintreten, ist mit dem Wiedertzusammentritt des Landtags erst nach den Reichstagswahlen zu rechnen.